©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JOHN P. FOX

DER FALL KATYN UND DIE PROPAGANDA DES NS-REGIMES

Propaganda ist der terminus technicus für die Verbreitung von Tatsachen, Argumenten oder Gerüchten zum Zweck der Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Obschon so alt wie die Menschheit selbst, wandten im 20. Jahrhundert Propaganda und psychologische Kriegführung sich durch Rundfunk und Film (später noch Fernsehen) an ein immer größeres Publikum, das außerdem mit den traditionellen mündlichen, schriftlichen, fotografischen, ja sogar musikalischen und dramatischen Formen der Propaganda bearbeitet wurde. In beiden Weltkriegen dieses Jahrhunderts, besonders im zweiten, wurden Planung und Technik der Propaganda aufs höchste verfeinert: durch genaue Bestimmung der Ziele und Zwecke, die erreicht werden sollten; durch ein klares Bild und eine gründliche Kenntnis der Gruppen, die man ansprechen wollte (Zielgruppenanalyse); durch die Glaubwürdigkeit der übermittelten Botschaft; und schließlich durch die Koordination all dieser Faktoren, damit die übermittelte Botschaft ihr Ziel tatsächlich erreichte. Die propagandistische Auswertung des Falles Katyn durch die deutschen Dienststellen während des Zweiten Weltkriegs ist ein brauchbares und interessantes Beispiel für die Anwendung jener „Grundregeln der Propaganda"[1].

In der letzten Woche des Februars 1943 meldeten die Fernschreiber des deutschen Nachrichtenregiments 537, das damals mehrere Kilometer westlich von Smolensk stationiert war, die Gruppe 570 der Geheimen Feldpolizei, ein Außenkommando bei der Heeresgruppe Mitte, habe die Leichen polnischer Offiziere gefunden. Der Feldpolizeisekretär Ludwig Voss von der Gruppe 570 erklärte, daß sofortige umfangreiche Exhumierungen am Ort des Massengrabs (als das es sich erweisen sollte) wegen des tiefen Bodenfrostes unmöglich seien. Indes wurden lokale Zeugen gründlich verhört, und bis 1. März war die von Voss dem Oberkommando der Heeresgruppe erstattete Meldung auch Professor Buhtz von der Breslauer Universität gezeigt worden, der als Gerichtsmediziner dem Stab der Heeresgruppe Mitte zugeteilt war. Nachdem Professor Buhtz sich an Ort und Stelle von der Richtigkeit des Polizeiberichts überzeugt hatte, verbrachte er die Zeit bis Ende März mit Vorbereitungen für die Exhumierung der Leichen, ihren Transport, ihre Obduktion, ihre Kennzeichnung und die Sicherstellung der bei ihnen gefundenen Gegenstände. Die Exhumierung wurde auf

[1] Ch. Roetter, Psychological Warfare, London 1974, S. 11–26. Vgl. auch O. Thomson, Mass Persuasion in History. An Historical Analysis of the Development of Propaganda Techniques, Edinburgh 1977. Die jüngste Studie über die deutsche und britische Propaganda und ihre Organisation während des Zweiten Weltkriegs stammt von M. Balfour, Propaganda in War 1939–1945. Organisations, Policies and Publics in Britain and Germany, London 1979; zu Katyn vgl. S. 332 ff.
Zwei Kollegen, mit denen ich Aspekte dieses Aufsatzes diskutieren konnte, Dr. Harald Schinkel und Dr. Martin Mantzke, habe ich sehr zu danken.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Befehl des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Mitte am 29. März 1943 unter der Leitung von Professor Buhtz begonnen; sie führte zur Entdeckung der Leichen tausender polnischer Offiziere[2]. Zwei Wochen später, am 13. April 1943, überraschte das nationalsozialistische Deutschland die Welt, besonders die Alliierten, mit der von Radio Berlin gebrachten Nachricht, daß in Massengräbern bei Katyn die Leichen mehrerer tausend polnischer Offiziere samt ihrer persönlichen Habe gefunden worden seien.

Der Schock, den diese Nachricht in den besetzten europäischen Ländern und in der freien Welt auslöste, hatte zwei Gründe. Offenbar wußte die Öffentlichkeit in den westlichen Staaten nichts davon, daß 15000 polnische Offiziere vermißt wurden, und nichts von den dringlichen Anfragen, die länger als ein Jahr an Moskau gerichtet worden waren, da man von den Offizieren zuletzt aus den 1939/40 von sowjetischen Truppen besetzten polnischen Gebieten gehört hatte. Obwohl der „Rote Stern", Organ der Roten Armee, am 17. September 1940 geschrieben hatte, daß 181000 polnische Gefangene 1939 nach Rußland gebracht worden waren und die polnische Regierung ein Namensverzeichnis vermißter Offiziere besitze[3], scheint es, daß „die Presse der Alliierten kein einziges Detail veröffentlicht hatte"[4]. Noch schockierender war jedoch die deutsche Erklärung, daß Rußland für dieses Verbrechen verantwortlich sei: „Aus Smolensk ist uns berichtet worden, daß Einheimische den deutschen Behörden einen Ort genannt haben, wo von den Bolschewiken Massenexekutionen durchgeführt und 10000 polnische Offiziere von der GPU (sowjetische Geheime Staatspolizei, damals schon NKVD) ermordet worden sind. Hierauf haben die deutschen Behörden den Ort inspiziert, der Kozy Gory (Ziegenberg) heißt und ein 12 Kilometer westlich von Smolensk gelegener sowjetischer Kurort ist, und haben dort eine grauenhafte Entdeckung gemacht. In einem 28 Meter langen und 16 Meter breiten Graben wurden die in zwölf Reihen übereinandergeschichteten Leichen von 3000 polnischen Offizieren gefunden. Sie waren in ihre vollständigen Uniformen gekleidet, manche waren gefesselt und alle hatten am Hinterkopf Wunden, die von Pistolen-

[2] J. K. Zawodny, Death in the Forest. The Story of the Katyn Forest Massacre, London 1962, S. 11; Amtliche Dokumente über Katyn, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Berlin 1943, S. 9 ff.; Hearings Before the Select Committee to Conduct an Investigation of the Facts, Evidence, and Circumstances of the Katyn Forest Massacre (künftig zit.: Hearings), Washington 1952, Part 6, S. 1733, 1739 f., 1744. Part 6 (1636–1801) besteht aus dem polnischen Bericht von 1946: Facts and Documents Concerning Polish Prisoners of War Captured by the USSR during the 1939 Campaign (künftig zit.: Hearings, Part 6, Facts and Documents), ferner aus ergänzendem Material zu dem Bericht. Eine leicht modifizierte Version des Berichts wurde später veröffentlicht: The Crime of Katyn. Facts and Documents, hrsg. von der Polish Cultural Foundation, London 1965 (mit einem Vorwort von General W. Anders).

[3] G. V. Kacewicz, Great Britain, The Soviet Union, and the Polish Government in Exile 1939–1945, Den Haag 1979, S. 155 Anm. 60.

[4] J. Mackiewicz, The Katyn Wood Murders, London 1951, S. 89. Mackiewicz, ein polnischer Journalist, hat Katyn mit einer von den Deutschen organisierten Gruppe im Mai 1943 besucht; vgl. a. a. O., S. 140. Seine Aussage vor dem Komitee des amerikanischen Kongresses in Hearings, Part 4, S. 867–881. Auszüge aus dem Material des Komitees bei L. Fitzgibbon, Unpitied and Unknown. Katyn ... Bologoye ... Dergachi, London 1975.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schüssen herrühren. Die Identifikation der Leichen wird keine Schwierigkeiten bereiten, weil sie infolge der Bodenbeschaffenheit mumifiziert sind und die Russen ihnen die Personalausweise gelassen haben."[5]

Nahezu unmittelbar danach, am 15. April 1943, bestritt Radio Moskau diese Beschuldigungen, indem es „die deutschen faschistischen Schurken" jenes Verbrechens anklagte, allerdings auf eine Weise, die den Wahrheitsgehalt des Moskauer Gegenschlags höchst zweifelhaft erscheinen ließ. Am nächsten Tag brachte die Sowjetpresse eine Erklärung der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur, in welcher die Beschuldigung, Russen hätten das Verbrechen begangen, erneut zurückgewiesen wurde; das Verbrechen sei begangen worden, nachdem die polnischen Gefangenen, die sich im Gebiet von Smolensk befunden hätten, im Herbst 1941 den Deutschen in die Hände gefallen seien[6]. Hinsichtlich eines Aspekts des Datums 1941 zeigte sich ein Historiker verwundert: „Wieso die Deutschen zwanzig Monate brauchten, um die Leichen zu finden und der Welt die Nachricht mitzuteilen, ist keineswegs klar."[7]

Der deutsche Rundfunk übertrieb zwar die Zahl der in Katyn gefundenen Leichen[8], doch erschien die Entdeckung den Deutschen an jenem Wendepunkt des Krieges als „eine Goldgrube für ihre politische Propaganda und sie scheuten keine Anstrengungen, dem Fall die weiteste Verbreitung zu sichern". Leutnant Gregor Slovenchik, der als Mitglied einer Propaganda-Einheit, die in Smolensk stationiert war, die Aufgabe hatte, die verschiedenen nach Katyn kommenden Delegationen und Kommissionen zu führen, faßte den deutschen Standpunkt in den Worten zusammen: „Wir wären verrückt, wenn wir, nachdem wir auf eine solche propagandistische Bombe gestoßen sind, nicht das Meiste daraus machen und es als politischen Trumpf benützen würden."[9] Der Ton dieses Propagandafeldzugs wurde sofort durch Schlagzeilen wie „Der Massenmord von Katyn: Das Werk jüdischer Schlächter" (Völkischer Beobachter vom 15. April 1943) und ähnliche gesetzt, z. B. „GPU ermordet 12 000 polnische Offiziere" und „Judas Blutschuld wächst ins Unermeßliche"[10].

---

[5] L. Fitzgibbon, Katyn, London 1971, S. 97.

[6] Fitzgibbon, Katyn, S. 98, 133; Hearings, Part 6, Facts and Documents, S. 1720 f.; Foreign Relations of the Unites States (künftig zit.: FRUS), 1943, III, S. 382.

[7] Balfour, a. a. O., S. 332.

[8] Auch die Deutschen erkannten, daß sie mit der in der Rundfunkmeldung genannten Zahl einen Fehler gemacht hatten. Die heute allgemein akzeptierte Zahl für Katyn ist 4200 bis 4500; vgl. Mackiewicz, a. a. O., S. 206; Zawodny, a. a. O., S. 24; Hearings, Part 6, Facts and Documents, S. 1750 ff. Mackiewicz meint, daß die Deutschen, nachdem sie einmal eine bestimmte Zahl genannt hatten, nicht mehr zu einer genaueren Zahl zurückkehren konnten, „ohne ihre gesamte Propaganda zu diskreditieren" (Mackiewicz, a. a. O., S. 150, 206). Zwei Angehörige der in Smolensk stationierten Propaganda-Einheit, die Leutnante Paul Vogelpoth und Rudi Kramer, behaupteten später, daß man auf deutscher Seite zunächst tatsächlich geglaubt habe, auf das Massengrab aller vermißten polnischen Offiziere gestoßen zu sein, zumal weitere Gräber entdeckt worden seien, die aber nach Einsetzen der heißen Jahreszeit nicht mehr hätten untersucht werden können; vgl. Hearings, Part 5, S. 1329 ff., 1568 ff., und Fitzgibbon, Unpitied, S. 262 ff., 360 ff.

[9] Mackiewicz, a. a. O., S. 112 f., 145; Hearings, a. a. O.

[10] J. W. Baird, The Mythical World of Nazi War Propaganda 1939–1945, University of Minnesota Press 1974, S. 198; Wiener Library London, Presse-Ausschnitte 5, 222A: Katyn.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Den Bericht des Feldpolizeisekretärs Voss hatten die Propaganda-Offiziere im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte zweifellos zur gleichen Zeit erhalten, zu der er Professor Buhtz übergeben wurde[11]; das Reichspropagandaministerium in Berlin scheint jedoch von der Entdeckung und ihrem propagandistischem Wert erst Anfang April durch Hans Meyer vom Deutschen Nachrichtenbüro erfahren zu haben. Meyer, der zum Heeresdienst eingezogen und mit einer Propaganda-Einheit nach Smolensk geschickt worden war, reiste nach Berlin – wahrscheinlich Ende März oder am 1. April – und besuchte dort den ihm seit längerer Zeit bekannten Ministerialrat Werner Stephan im Reichspropagandaministerium. Er berichtete Stephan von den Vorgängen bei Katyn und von den Exhumierungen, äußerte aber seine Sorge, daß „die ganze Sache nicht richtig angepackt wurde und den militärischen Stellen die Bedeutung der Angelegenheit entgangen war". Er sei nach Berlin gekommen, weil das Thema politisch so wichtig sei, daß „die politischen Stellen dafür interessiert werden müssen, nachdem die militärischen Stäbe es nicht richtig angefangen haben". Meyer wollte mit dem Reichspropagandaminister Goebbels sowie dem Pressechef der Reichsregierung und Staatssekretär im Propagandaministerium Dr. Dietrich sprechen[12]. Da Dietrich in Hitlers Hauptquartier war, bemühte sich Stephan erfolgreich darum, daß Meyer am 1. oder 2. April 1943 von Goebbels empfangen wurde. Stephan erklärte später, daß Goebbels „das Glück, das ihm zugefallen war, kaum glauben konnte". Goebbels nahm unverzüglich Kontakt mit Hitler auf, der ihn ermächtigte, sich der Angelegenheit anzunehmen. „Nach seiner Rückkehr [vom Gespräch mit Hitler] hatte er die Befriedigung, die jeder im Dritten Reich empfand, wenn er in einem Konkurrenzkampf einen Rivalen besiegt hatte; Rivale war in diesem Fall das Heer, die bewaffnete Macht, und Dr. Goebbels hatte die Genehmigung zur Übernahme der Sache und die Streitkräfte mußten sie an ihn abtreten."[13]

Die Rivalität und der aus ihr folgende Mangel an Kontakt zwischen den Berliner Zivilbehörden und den Smolensker Militärdienststellen waren vermutlich, wie später gesagt wurde, der Grund für die „dramatischen Widersprüche und Ungenauigkeiten" im deutschen amtlichen Bericht über Katyn vom 13. April 1943[14]. Andererseits ist die anfängliche Kontaktlosigkeit zwischen diesen verschiedenen Teilen des deutschen Propagandanetzes möglicherweise einfach auf Bedenken der Smolensker Heeresstellen zurückzuführen, ihre Entdeckung hochzuspielen und andere Institutionen einzuschalten, bevor sie ihre Funde durch die am 29. März 1943 begonnenen Exhumierun-

[11] Hearings, Part 6, S. 1804.

[12] Zur Rivalität zwischen Goebbels und Dietrich vgl. E. K. Bramsted, Goebbels and National Socialist Propaganda 1925–1945, Michigan State University Press 1965, S. 108 ff.; H. Heiber, Joseph Goebbels, Berlin 1962, S. 108, 153, 170 ff., 300 f.

[13] Hearings, Part 5, S. 1246 ff., Fitzgibbon, Unpitied, S. 223 ff. Zur Frage der Autorität Hitlers, zu seiner Stellung im NS-Staat und zu der scharfen Rivalität zwischen den anderen führenden Nationalsozialisten wie zwischen den verschiedenen Parteistellen vgl. E. N. Peterson, The Limits of Hitler's Power, New Jersey 1969. Der Fall Katyn wird bei W. Stephan, Joseph Goebbels. Dämon einer Diktatur, Stuttgart 1949, S. 283, nur kurz gestreift.

[14] Hearings, Part 6, S. 1805.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen bekräftigen konnten. Desungeachtet wurde später den Smolensker Militärbehörden stets der Vorwurf gemacht, sie hätten „den Wert und die Wichtigkeit dieser entsetzlichen Entdeckung bagatellisiert"[15].

Auf den ersten Blick scheinen die Gründe der Deutschen, den Tod jener polnischen Offiziere den Russen anzulasten, recht klar: Sie wollten die Aufmerksamkeit der Welt von der vorsätzlichen und systematischen Judenvernichtung ablenken, die sie selbst betrieben[16]; tatsächlich war auf dem Höhepunkt der Katyn-Propaganda SS-Brigadeführer Jürgen Stroop – ab 19. April 1943 fünf Wochen lang – mit der brutalen Niederwerfung des Warschauer Ghetto-Aufstands beschäftigt[17]. Außerdem suchten sie in Deutschland und den Achsenländern die aufkeimende Erkenntnis zu ersticken, daß die deutsche Kapitulation in Stalingrad im Februar 1943 den Anfang vom Ende des NS-Regimes markierte; auch hofften sie alle Zweifel an Hitlers Führergenie zu zerstreuen, die diese Niederlage geweckt hatte[18]. Vor allem aber bot Katyn eine gute Gelegenheit für einen Versuch, die Front der Alliierten gegen Deutschland zu sprengen, indem man die bekannten Unstimmigkeiten zwischen England, den USA und der Sowjetunion über die Zukunft Polens schürte[19]. Roosevelts Erklärung auf der Casablanca-Konferenz (23. Januar 1943), Deutschland müsse „bedingungslos kapitulieren", machte einen solchen Versuch zur Spaltung der Alliierten noch dringlicher[20]. Im übrigen gab der Fall Katyn der deutschen Propagandamaschine die Möglichkeit,

[15] Hearings, Part 6, Facts and Documents, S. 1715.

[16] Vgl. R. Hilberg, The Destruction of the European Jews, London 1961; N. Levin, The Holocaust. The Destruction of European Jewry 1933–1945, New York 1968; L. S. Dawidowicz, The War Against the Jews 1933–1945, London 1975.

[17] T. Berenstein/A. Eisenbach/B. Mark/A. Rutkowski (Hrsg.), Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des Zweiten Weltkriegs, Frankfurt am Main 1962; Y. Gutman, The Genesis of the Resistance in the Warsaw Ghetto, in: Yad Vashem Studies on the European Jewish Catastrophe and Resistance, IX, Jerusalem 1973, S. 29–70; R. Ainsztein, Jewish Resistance in Nazi-Occupied Eastern Europe, London 1974; B. Mark, Uprising in the Warsaw Ghetto, New York 1975. Der Stroop-Bericht, der bei den Nürnberger Prozessen verwendet worden ist („Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr"), wurde in Deutschland 1976 vom Hermann Luchterhand Verlag veröffentlicht.

[18] M. G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf 1970, S. 325 ff.; J. C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Berlin 1973, S. 910. Vgl. auch A. Seaton, The Russo-German War 1941–1945, London 1971; J. Erickson, The Road to Stalingrad. Stalin's War with Germany, Vol. I, London 1975.

[19] Akten des deutschen Auswärtigen Amtes (AA), 5827 (Deutsche Gesandtschaft Bern. Russischer Massenmord an polnischen Offizieren und anschließende russisch-polnische Kontroverse)/ E 424 380, Erdmannsdorff, Bern, 18. 4. 1943 (Kopien im Library and Records Department, Foreign and Commonwealth Office, London). Einige der relevanten deutschen Dokumente wurden (in Übersetzung, doch waren Kopien der Originale beigelegt) dem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongresses vorgelegt. Vgl. auch Kacewicz, a. a. O., und W. Hardy McNeill, Survey of International Affairs 1939–1946. America, Britain, and Russia. Their Cooperation and Conflict 1941–1946, London 1953; H. Feis, Churchill, Roosevelt, Stalin. The War They Waged and the Peace They Sought, New Jersey 1957; Documents on Polish-Soviet Relations 1939–1945, 2 Vols., hrsg. von The Sikorski Institute, London 1961 und 1967.

[20] Feis, a. a. O., S. 109. Die antisowjetische Tendenz der deutschen Propaganda mit dem Fall Katyn und die damit verbundenen Ziele wurden sofort in einer sorgfältigen Analyse kommentiert, die

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem von ihr ohnedies immer wieder behandelten Thema neue Glanzlichter aufzusetzen: der Gefahr, welche dem westlichen Europa aus dem Osten durch die bolschewistischen „Untermenschen" drohe[21]. Schließlich standen die Deutschen zu dieser Zeit auch vor dem Problem, das unterworfene polnische Volk im Generalgouvernement zu überzeugen, daß das Leben unter deutscher Herrschaft, wenn auch hart, immer noch der Tyrannei vorzuziehen sei, die von den Russen zu erwarten war und deren Schatten Katyn vorausgeworfen hatte – ein Argument, das die Tyrannei der Deutschen im übrigen Europa und den besetzten russischen Gebieten zweckdienlich ignorierte[22].

In Washington hatte Michal Kwapiszewski von der polnischen Botschaft das State Department darauf hingewiesen, daß „die Deutschen, wenn sie tatsächlich ein Massengrab polnischer Offiziere gefunden haben, diese Nachricht jetzt in Zusammenhang mit einer für den Sommer geplanten Großoffensive gegen die Sowjets veröffentlichen und in der Hoffnung, durch die Publikation die Unterstützung der im Lande lebenden Polen erreichen und vielleicht sogar Polen für einen aktiven Kampf gegen die Sowjets bewaffnen zu können". Bezeichnenderweise warnte er vor „ernsthaften Rückwirkungen in Polen und unter den polnischen Streitkräften im Nahen Osten, die kürzlich aus der Sowjetunion dorthin verlegt wurden, um den Briten zu helfen", falls es den Deutschen gelinge, eine polnische Delegation in Katyn zu überzeugen, daß es sich tatsächlich um die Leichen von der GPU ermordeter polnischer Offiziere handle[23].

---

der amerikanische Gesandte in der Schweiz, Harrison, am 19.4.1943 niederschrieb; FRUS, 1943, III, S.383.

[21] Allgemein Z.A.B. Zeman, Nazi Propaganda, London 1964; W.A. Boelcke (Hrsg.), Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943, Stuttgart 1967; Baird, a.a.O.; Bramsted, a.a.O.

[22] Hierzu M. Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961; N. Rich, Hitler's War Aims, Vol. II, The Establishment of the New Order, London 1974; Ch. Klessmann, Die Selbstbehauptung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1945, Düsseldorf 1971; J.T. Gross, Polish Society under German Occupation. The Generalgouvernement 1939–1945, Princeton University Press 1979. Eine hervorragende Quelle für die NS-Politik im Generalgouvernement ist das Diensttagebuch, das Hans Frank führen ließ. Auszüge sind bereits bei den Nürnberger Prozessen verwendet worden und zwei Ausgaben in Polen erschienen: St. Piotrowski, Hans Frank's Diary, Warschau 1961, und St. Ploski (Hrsg.), Okupacja i ruch oporu w dzienniku Hans Franka 1939–1945, 2 Bde., Warschau 1972. Die bislang und wohl auch in Zukunft umfassendste gedruckte Ausgabe hat aber das Münchner Institut für Zeitgeschichte veröffentlicht: W. Präg/W. Jacobmeyer (Hrsg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Stuttgart 1975. Vgl. auch das interessante und aufschlußreiche Kapitel „Hans Frank. Kopie eines Gewaltmenschen" bei J.C. Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München 1963, S.286–299. Zur deutschen Politik in den besetzten sowjetischen Gebieten A. Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945, Düsseldorf 1958; H. Krausnick/H.-H. Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981.

[23] Memorandum Elbridge Durbrow, 14.4.1943; FRUS, 1943, III, S.374f. Der gleiche Hinweis in Hearings, Part 6, Facts and Documents, S.1719.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Was Reichsminister Goebbels betraf, so paßte der Fall Katyn hervorragend in jenen Propagandafeldzug, der 1943 unter den Parolen „Kraft durch Furcht" und „Schwächung durch Furcht" begonnen wurde. Ersteres sollte die angeschlagene Moral der deutschen Soldaten und Zivilisten stärken sowie das wankende Vertrauen der deutschen Verbündeten stützen. Es ging darum, die Massen in Deutschland und die deutschen Verbündeten mit der Entschlossenheit zu erfüllen, lieber die Härten und Widrigkeiten des Krieges zu ertragen als in einem besiegten Vaterland weitaus ärgeren Bedingungen unterworfen zu sein. Wie Professor Bramsted schrieb, „wurde zur Richtlinie der offiziellen Propaganda jetzt eher die Mahnung zum unbedingten Durchhalten als die Erwartung des glorreichen Sieges"[24]. Damals, Anfang 1943, bedeutete dies, das deutsche Volk an Idee und Realität des „totalen Kriegs" zu gewöhnen. In seiner berühmten Sportpalastrede vom 18. Februar 1943[25] – „einer der dramatischen Höhepunkte in Goebbels' Karriere und eines seiner Meisterstücke organisierter Massenpropaganda"[26] – stellte er seinem Auditorium die Frage: „Wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können?"[27] Doch Goebbels begnügte sich nicht damit, vor Zivilisten zu sprechen; am 17. Juli 1943 sprach er in ähnlichem Sinne auch vor Offizieren der Wehrmacht[28].

Der zweite Stoß dieses Propagandafeldzugs zielte auf die Schwächung der feindlichen Koalition, auf die Paralysierung der Kriegsanstrengung der Westmächte, indem für sie ein furchterregendes Bild ihres bolschewistischen Alliierten beschworen wurde. Man hat das als „machiavellistisches Streben" bezeichnet, einen Keil zwischen die Partner der feindlichen Koalition zu treiben, und zwar durch den Versuch, die Westmächte davon zu überzeugen, daß ein bolschewistischer Sieg gefährlicher wäre als ein deutscher Sieg oder ein Verständigungsfriede mit dem Dritten Reich[29]. Tatsächlich hat Goebbels während des ganzen Jahres 1943 Hitler zu der Überlegung gedrängt, welche Vorteile es bringen würde, einen Friedensvertrag entweder mit England oder mit Rußland auszuhandeln, vorzugsweise mit England[30]. Daß im April 1943 innenpolitische Faktoren in diese Richtung drückten, ist unbestreitbar. In seinem Tagebuch notierte Goebbels am 2. April, daß auf dem Obersalzberg Versuche gemacht würden, bei Hitler den Willen zum totalen Krieg allmählich zu untergraben. Die Propagandaämter berichteten, daß Kritik an der Regierung – auch am „Führer" – und an der all-

[24] Bramsted, a.a.O., S. 263.

[25] H. Heiber (Hrsg.), Goebbels-Reden, Bd. 1: 1932–1939, Bd. 2: 1939–1945, Düsseldorf 1971/72, der hier zitierte Nachdruck beim Wilhelm Heyne Verlag, München, Bd. 2, S. 172–208; G. Moltmann, Goebbels' Rede zum Totalen Krieg am 18. Februar 1943, in: VfZ 12 (1964), S. 13–43.

[26] Bramsted, a.a.O., S. 264.

[27] Bramsted, a.a.O., S. 267.

[28] H. v. Kotze, Goebbels vor Offizieren im Juli 1943, in: VfZ 19 (1971), S. 83–112.

[29] Bramsted, a.a.O., S. 325 f. Zur Frage eines Kompromißfriedens zwischen Deutschland und den Alliierten B. Martin, Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939–1942, Düsseldorf 1974.

[30] H. Fraenkel/R. Manvell, Goebbels. Eine Biographie, Köln 1960, S. 304.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gemeinen Führung des Krieges im Süden des Reiches wesentlich stärker sei als im Norden. Gott sei Dank habe der Aufenthalt auf dem Obersalzberg den „Führer" in seiner Einstellung zum totalen Krieg nicht schwankend gemacht.

Am 7. April erwähnte Goebbels Berichte des Sicherheitsdienstes über eine in der deutschen Öffentlichkeit weit verbreitete defätistische Stimmung, die vor allem daher rühre, daß man „kein klares Kriegsbild mehr" sehe. Goebbels erkannte, daß es also Aufgabe der deutschen Propaganda sei, so schnell wie möglich ein solches Bild zu zeichnen – was freilich „leichter gesagt als getan" sei[31].

Katyn kam Goebbels also aus mehreren Gründen äußerst gelegen, und die Berichte über Katyn und die dort aufgenommenen makabren Fotos wurden dazu benutzt, besonders den Völkern in Osteuropa das Schicksal vor Augen zu führen, das ihnen zweifellos bevorstehe, sollten die Russen mit englischer und amerikanischer Unterstützung jemals in diese Gebiete zurückkehren. Wie William Joyce, der berüchtigte „Lord Haw-Haw", am 16. April 1943 in einer Rundfunksendung erklärte, „haben in ganz Europa die grausigen und makabren Entdeckungen in den Wäldern von Katyn selbst die größten Skeptiker zu der Erkenntnis wachgerüttelt, was die Bevölkerung zivilisierter Länder erwarten würde, sollte die deutsche Verteidigung an der Ostfront zusammenbrechen"[32]. Die Deutschen rechneten auch mit einem Erfolg ihres Appells an das Gewissen der demokratischen Nationen, daß sie durch ihr Bündnis mit den Bolschewiken zur Niederwerfung des nationalsozialistischen Deutschland kaum die Ideale verwirklichen könnten, für die sie zu kämpfen behaupteten. Aus diesem Grund betonte die deutsche Propaganda mit solchem Nachdruck die Verantwortung der Moskauer Juden für das Verbrechen von Katyn, das „nur der grausigste bisher bekannt gewordene Fall bolschewistischer Massenschlächterei ist, aber nicht der einzige" – und dies zu einer Zeit, da Auschwitz und andere Vernichtungslager in vollem Betrieb waren. Obgleich aber die im deutschen Kommuniqué mitgeteilte Nachricht die Öffentlichkeit überall und besonders in der freien Welt überraschte und erschütterte, wurde sie mit großer Zurückhaltung aufgenommen und als typische Goebbels-Propaganda verdächtigt. Dieser Reaktion versuchten die Deutschen mit der Versicherung zu begegnen, daß ihre Enthüllungen über Katyn die reine Wahrheit und keine Propaganda seien[33].

Nachdem der Fundort bei Katyn sich als das erwiesen hatte, was er war, nämlich als das Massengrab polnischer Offiziere, nachdem er für die Exhumierungen und Besichtigungen entsprechend vorbereitet worden war, und nachdem man auf höchster Ebene, d. h. mit Hitler persönlich, seine propagandistische Behandlung geklärt hatte,

---

[31] Goebbels Diary Fragments, AL. 1904/3, Box 250, Imperial War Museum, London. Der Verf. dankt Mr. Phil Reed vom Foreign Documents Department des Museums für seine freundliche Unterstützung.

[32] AA 5827/E424398, Braunstumm/Bern, 14.4. 1943; Wiener Library London, a.a.O. Eine tiefdringende Analyse von William Joyce bei R. West, The Meaning of Treason, Penguin Books 1965; vgl. auch J.A. Cole, Lord Haw-Haw and William Joyce. The Full Story, London 1964.

[33] Mackiewicz, a.a.O., S. 112; Hearings, Part 6, Facts and Documents, S. 1720f.; Wiener Library London, a.a.O.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trat die deutsche Propagandamaschine rasch in Aktion. In Berlin wurde die Angelegenheit am 8. April auf einer der regelmäßigen Konferenzen im Propagandaministerium beraten. Goebbels gab Weisung, daß der Fall im Ausland so stark wie möglich propagiert werden solle, aber im Inland verschwiegen werden müsse, weil „die Bevölkerung unter Umständen Rückschlüsse auf die Behandlung deutscher Kriegsgefangener durch die Bolschewisten ziehen würde". Der Minister hielt es auch für wichtig, polnische Journalisten, Intellektuelle und Priester nach Katyn zu schicken, damit sie dort die Dinge mit eigenen Augen sehen könnten, und ihnen Delegationen aus neutralen Staaten und besetzten westeuropäischen Ländern folgen zu lassen. Mit Recht hatte Alfred Ingemar Berndt, der „umstrittene" Leiter der Presseabteilung[34], darauf hingewiesen, es sei, wenn man es tatsächlich mit Opfern des Bolschewismus zu tun habe, für die Deutschen von größter Bedeutung, dies zu beweisen, weil sonst „diese Propaganda-Aktion sich eventuell gegen uns auswirken" könne. Dieser Hinweis fand auf der Konferenz die gebührende Beachtung[35].

Die Anwesenden wurden auch darüber informiert, daß am nächsten Tag, dem 9. April, Korrespondenten der Auslandspresse nach Katyn fliegen würden. In Warschau war das schon vorbereitet worden. Anfang April 1943 hatten die Besatzungsbehörden im Distrikt Warschau einige Polen zu einer Konferenz gebeten, ohne ihnen zu sagen, worum es ging, so daß sie keine Möglichkeit hatten, das Gesprächsthema vorher zu erörtern[36]. Später behauptete jedoch einer der polnischen Konferenzteilnehmer, der Schriftsteller Ferdynand Goetel[37], daß der Leiter des Warschauer Propagandaamts im Generalgouvernement, Dr. Karl Grundmann[38], am 8. April mit ihm in Verbindung getreten sei und ihm sowohl von den Entdeckungen in Katyn wie von dem Zweck der für den 9. April anberaumten Konferenz erzählt habe: „Die von dieser Entdeckung äußerst erregten deutschen Behörden hatten beschlossen, eine polnische Delegation an den Ort zu schicken, ihr jede Unterstützung zu geben und dafür keinerlei Gegenleistung in Form einer öffentlichen Erklärung zu verlangen, auch keine Erklärung, die von der deutschen Propaganda hätte benützt werden können." Nach Goetels Darstellung seines Gesprächs mit Grundmann hatten die Deutschen sich zu dieser Zeit noch nicht an das Polnische Rote Kreuz (PRC) gewandt, weil Ergebnisse einer Untersuchung des PRC dessen Stellung als Rest und Symbol des souveränen polnischen Staates hätten stärken können. Doch machte Goetel seine Beteiligung an der Katyn-Delegation von der Bedingung abhängig, dem Polnischen Roten

[34] Bramsted, a.a.O., S. 60. H. Heiber nennt ihn (Goebbels, S. 285) den „berüchtigten und rüden ‚Greuel-Berndt'".

[35] Goebbels' Press Conferences and Directives to Press Reporters, AL. 1904/5, Box 250, Imperial War Museum, London.

[36] Hearings, Part 6, Facts and Documents, S. 1714 F.

[37] Goetel war von 1932 bis 1939 Präsident des Polnischen Schriftstellerverbands und sympathisierte bereits damals mit dem Faschismus. Während der deutschen Besatzungsherrschaft kooperierte er mit dem deutschen Propagandaamt in Warschau und wurde deshalb von einem Untergrundgericht verwarnt; vgl. Klessmann, a.a.O., S. 205 Anm. 18.

[38] Klessmann, a.a.O., S. 50, 74.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kreuz einen Bericht übermitteln zu dürfen. Seine Teilnahme mußte er außerdem von der polnischen Untergrundbewegung genehmigen lassen[39].

Auf der Konferenz im Propagandaamt sprachen dann am 9. April Funktionäre aus Berlin und Grundmann selbst vor Vertretern der Warschauer Gemeinde, des Zentralen Wohlfahrtsrates (RGO), Pater Kozubski als Vertreter des Klerus, Ferdynand Goetel und Jan Emil Skiwski als Repräsentanten der Schriftsteller und Journalisten, einigen Juristen und Delegierten von Frauen- und Handwerkerverbänden. Die Redner umrissen die Ziele der deutschen Politik im Krieg gegen die Sowjetunion und gaben bekannt, daß in der Nähe von Smolensk Massengräber polnischer Opfer „des kommunistischen Terrors" entdeckt worden seien. Dann wurden alle Anwesenden eingeladen, den Tatort des Verbrechens zu besichtigen. Manchen widerstrebte der Gedanke, an dieser von den Deutschen organisierten Reise teilzunehmen, und später sagte Goetel: „Was immer wir dort entdeckt hätten, wir wären angegriffen worden, entweder von den Deutschen oder von den Bolschewiken." Am Ende schlugen Machnicki und Wachowiak vom RGO jemand anderen vor. Pater Kozubski lehnte die Einladung ab, und zwar mit der Begründung, daß Mgs. Szelagowski, der Bischof von Warschau, krank sei. Er sagte, der Delegation nach Smolensk werde sich ein anderer Vertreter des Klerus anschließen, der aber auf dem Flugplatz ebensowenig erschien wie ein Vertreter der Juristen. Ähnliche Konferenzen wurden in Krakau, dem Sitz der deutschen Regierung in den besetzten polnischen Gebieten, und in Lublin veranstaltet. Am 10. April 1943 wurde eine Gruppe von Polen nach Smolensk geflogen[40].

Goebbels schrieb am 9. April in sein Tagebuch: „Ich veranlasse, daß die Massengräber von neutralen Journalisten aus Berlin besucht werden. Auch lasse ich polnische Intellektuelle hinführen. Sie sollen dort einmal durch eigenen Augenschein davon überzeugt werden, was ihrer wartet, wenn ihr vielfach gehegter Wunsch, daß die Deutschen durch die Bolschewisten geschlagen würden, tatsächlich in Erfüllung ginge."[41]

Auf einer Regierungssitzung in Krakau am 15. April erklärte Wilhelm Ohlenbusch, Leiter der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements, daß die polnische Delegation „auf Befehl des Führers" nach Smolensk gebracht worden sei. Besonders bemerkenswert aber war, was er über die Reaktion der polnischen Kirchenbehörden auf die Einladung zur Teilnahme an der Delegation berichtete: „Leider sei es nicht möglich gewesen, daß ein Vertreter der Geistlichkeit an diesem Fluge teilnahm, weil der Erzbischof Sapieha, der seine Genehmigung hätte erteilen müssen, in Krakau nicht anwesend gewesen sei. Der Vertreter des Bischofs von Warschau sei zunächst bereit gewesen, mitzufliegen, aber nach einer Stunde sei ein schriftlicher Bescheid des Bischofs eingegangen, in welchem ... darauf hingewiesen werde, daß die katholische Geistlichkeit von der bolschewistischen Barbarei über-

[39] Hearings, Part 4, S. 760 ff., 843 ff.

[40] Hearings, Part 6, Facts and Documents, S. 1715 f.; Hearings, Part 4, S. 713 ff.; Amtliche Dokumente, S. 33 f.

[41] L. P. Lochner (Hrsg.), Goebbels' Tagebücher aus den Jahren 1942–43, Zürich 1948, S. 289.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeugt sei ..., daß der Bischof die Genehmigung leider nicht erteilen könne, weil es sich hier um eine politische Angelegenheit handle, in die sich Geistliche nicht einmischen dürften."[42] Zwei Tage früher hatte Ohlenbusch dem Generalgouverneur Hans Frank gesagt, daß der polnische Erzbischof zwar bisher die Teilnahme von Geistlichen an der Besichtigung von Katyn abgelehnt habe, doch werde sich „eine Beteiligung polnischer Geistlicher an der Umbettung und Einsegnung der Leichen der Ermordeten nicht umgehen lassen"[43]. Schließlich begleitete Pater Stanislaw Jasinski, Erzdechant von Krakau und vertrauter Freund des Erzbischofs Sapieha, die zweite polnische Delegation, die etwas später nach Katyn kam. Abgesehen vom Pater und einem Journalisten, bestand diese mehr technische Delegation hauptsächlich aus Vertretern des Polnischen Roten Kreuzes, Verwaltungsbeamten und Ärzten aus Krakau und Warschau, von denen einige in Katyn blieben, um sich an den Exhumierungen zu beteiligen. Anscheinend war das PRC doch schon zur ersten Katyn-Delegation eingeladen worden, hatte aber abgelehnt, weil sein Exekutivkomitee die Angelegenheit als „deutschen Propagandatrick" behandelte. Da es den Deutschen in erster Linie darauf ankam, irgendeine „offizielle" oder „unabhängige" Verifikation ihrer Behauptung zu erhalten, daß die bei Katyn gefundenen polnischen Offiziere von den Sowjets ermordet worden waren, begannen sie nun sofort Gespräche mit Vertretern des Polnischen Roten Kreuzes in Krakau und versuchten erneut, sie zur Mitarbeit zu bewegen. Am 14. April erschien Dr. Grundmann im Warschauer Büro des Polnischen Roten Kreuzes und forderte dessen Präsidenten auf, noch am gleichen Tag eine aus drei Mitgliedern des Exekutivkomitees bestehende Delegation nach Smolensk zu schikken. Als ein weiteres Druckmittel benützte Grundmann die Mitteilung, daß Vertreter des Polnischen Roten Kreuzes in Krakau, zusammen mit einem Repräsentanten des Krakauer Erzbischofs, die Stadt bereits im Flugzeug verlassen hätten. Grundmanns Forderung und seine Mitteilung versetzten das Exekutivkomitee des PRC in Warschau in eine schwierige Lage. Es beschloß, die Entsendung einer Delegation des Komitees abzulehnen, da „eine solche Delegation propagandistischen Charakter hätte und den politischen Zielen der deutschen Propaganda direkt dienen würde, an der das Polnische Rote Kreuz nicht mitwirken darf und von der es sich vollständig distanzieren muß". Da aber die Identifikation der Leichen durch eine autoritative polnische Organisation notwendig war, beschloß das Komitee, zunächst einen technischen Ausschuß zu entsenden. Den ersten vier Mitgliedern dieses Ausschusses folgten später noch weitere, und schließlich bestand der technische Ausschuß des Polnischen Roten Kreuzes in Katyn aus zwölf Personen. Auch die polnische Untergrundbewegung hatte in die zweite Delegation Vertreter plaziert, um so weit wie nur möglich die Wahrheit festzustellen und um sich zu vergewissern, daß die Deutschen nicht nur leere Propaganda machten[44].

---

[42] Diensttagebuch, S. 644 f.

[43] Diensttagebuch, S. 637.

[44] Diensttagebuch, S. 653; Hearings, Part 6, Facts and Documents, S. 1716 ff.; Hearings, Part 3, S. 384 ff., Part 4, S. 715, Part 6, S. 1806 ff.; Zawodny, a. a. O., S. 18. Vgl. auch Goetels spätere Aussage vor dem Ausschuß des amerikanischen Kongresses (Hearings, Part 4, S. 767): „Ich hatte es

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Reichspropagandaministerium in Berlin hatte für dort akkreditierte Auslandsjournalisten ebenfalls Besichtigungen von Katyn organisiert, und bald begannen in der Presse der neutralen und Satellitenstaaten Berichte darüber zu erscheinen. Diese Journalisten waren, nach ihren Berichten zu urteilen, überzeugt, daß die deutschen Angaben stimmten, obwohl anfangs auch sie die Tendenz vieler Polen in Warschau und Krakau teilten, die ganze Sache für einen deutschen Propagandatrick zu halten, auf den man nicht hereinfallen dürfe. Die Polen lehnten allerdings beharrlich jede Aktivität ab, die den deutschen Propagandastellen hätte in die Hände spielen können, nämlich im Rundfunk zu sprechen oder antisowjetische Erklärungen abzugeben. Ausnahmen scheinen W. Kawecki, Direktor der von den Deutschen unterstützten Nachrichtenagentur Pol-Press in Krakau, und K. Prochownik, Werkmeister in der Krakauer Fabrik „Zieleniewski", gewesen zu sein, beide Mitglieder der ersten polnischen Delegation[45]. Selbst Ohlenbusch scheint die schwierige Lage der Polen, die Katyn gesehen hatten, und besonders den Eindruck, den der Anblick auf sie gemacht hatte, verstanden zu haben. Nach der Rückkehr der zweiten polnischen Delegation aus Katyn sagte Ohlenbusch, die Leute seien „sehr zurückhaltend und lehnten es ab, irgendwie in der Öffentlichkeit herausgestellt zu werden. Er selbst lehne propagandistisch eine Beeinflussung dieser Teilnehmer ab"[46].

Die stärkste Stütze der deutschen Propaganda war die Tatsache, daß alle Dokumente, die in den Taschen der ermordeten polnischen Offiziere gefunden wurden, darauf hinwiesen, daß das Verbrechen im Frühjahr 1940 begangen worden war, d. h. zu einer Zeit, als sich die Offiziere und das Gebiet von Smolensk bekanntlich in sowjetischer Hand befanden. Auf einer Konferenz im Reichspropagandaministerium in Berlin schilderte Major Balzer am 12. April den Zustand der Leichen und berichtete dann, daß nach Aussagen der örtlichen Bevölkerung in den Wochen zwischen dem 1. März und dem 18. April 1940 auf der nahen Eisenbahnstation täglich aus drei bis vier Waggons polnische Soldaten ausgeladen und sodann in die Wälder geführt worden seien; von dort seien Schüsse zu hören gewesen[47]. Desgleichen erklärte Ohlenbusch am 15. April in Krakau, „die bis jetzt ... gefundenen Briefe trügen sämtlich das Datum des 15. April 1940. Von besonderem Interesse sei gewesen, daß der Präsident der Dichterakademie genau gewußt habe, daß die Verbindung mit dem Gefangenenlager in der Nähe von Orel vom Mai [1940] an aufgehört habe. Dieses Datum decke sich genau mit dem Zeitpunkt, den man festgestellt habe, als man bei dem Besuch einer Auslandsjournalistengruppe am Tage zuvor die Leiche eines polnischen Brigade-

sehr schwer, die Meinung durchzusetzen und das Polnische Rote Kreuz dazu zu bringen, die Sache in die Hand zu nehmen, aber ich konnte nicht glauben, daß die Wahrheit allein von den Deutschen kommen soll, und ich wollte, daß die Sache vom Polnischen Roten Kreuz in die Hand genommen wird. ... Nach meinem Brief zwang ich sie dazu, und die zweite Abordnung nach Katyn war bereits vom Polnischen Roten Kreuz und organisiert vom Polnischen Roten Kreuz."

[45] Hearings, Part 6, Facts and Documents, S. 1715 f.

[46] Hearings, Part 6, Facts and Documents, S. 1718; Hearings, Part 3, S. 399, Part 5, S. 1557 ff.; Fitzgibbon, Unpitied, S. 352 ff.; Zawodny, a. a. O., S. 18; Diensttagebuch, S. 653 f.

[47] Goebbels' Press Conferences.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

generals geborgen habe."[48] Weiter sagte Ohlenbusch, entscheidend für die Feststellung der Zeit des Todeseintritts sei auch die Beschaffenheit des Waldes, in dem die Leichen gefunden wurden, sowie der Grad ihrer Verwesung; beides beweise, „daß diese Gräber schon vor drei Jahren angelegt worden seien"[49].

Die propagandistische Auswertung des Verbrechens von Katyn wurde nun beschleunigt und auf höchster Ebene zwischen Deutschland und Generalgouvernement koordiniert. Leopold Gutterer, Staatssekretär im Propagandaministerium, hielt die Sache für so bedeutend, daß alles, was mit ihr in Zusammenhang stand, Hitler vorgelegt werden müsse[50]. Goebbels schrieb am 14. April in sein Tagebuch: „Die Auffindung von 12000 von der GPU ermordeten polnischen Offizieren wird nun in größtem Stil in der antibolschewistischen Propaganda eingesetzt. Wir haben neutrale Journalisten und polnische Intellektuelle an die Fundstellen führen lassen. Die Berichte, die aus dem Ausland darüber hereinkommen, sind grauenerregend. Jetzt hat der Führer auch die Erlaubnis gegeben, von uns aus eine dramatische Meldung an die deutsche Presse zu geben. Ich gebe Anweisung, dieses Propagandamaterial in weitestem Umfang auszunutzen. Wir werden davon einige Wochen leben können."[51]

Demgemäß gab Goebbels am 14. und 15. April Weisungen zur Behandlung des Themas Katyn in einer verstärkten antirussischen und antibolschewistischen Propagandakampagne; besonders sollte dabei die Tatsache unterstrichen werden, daß die Engländer und Amerikaner sich solche Verbrecher als Partner gewählt hatten[52].

In Krakau unterbreitete Ohlenbusch dem Generalgouverneur Hans Frank eine Reihe von Vorschlägen, wie das Thema für die Polen in der Presse, im Rundfunk, in Filmen und mit Fotografien breitgetreten werden könnte. Auf einer Regierungssitzung am 15. April erklärte er, „es brauche nicht besonders betont zu werden, daß die Auffindung dieses Massengrabes von größtem Wert für eine propagandistische Auswertung sei. Es handle sich hier tatsächlich um ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung ... Die propagandistische Auswertung geschehe in engster Zusammenarbeit mit dem Reichspropagandaministerium, und zwar unter Heranziehung von Film, Rundfunk, polnischer Wochenschau, Schallplatten mit Kurzberichten[53], Broschüren, Flugblättern und Plakaten. Auch seien die Durchführung eines Volkstrauertags und die Errichtung je eines Mahnmals in Lublin, Warschau und Krakau geplant." Dann aber sagte Ohlenbusch, ohne daß seine Zuhörer einer Erinnerung an die ernste Situation im Generalgouvernement bedurften: „Die propagandistische Auswertung müsse selbstverständlich mit der allgemeinen politischen Lage im Generalgouvernement ab-

[48] Es stand fest, daß die vermißten 15000 polnischen Offiziere Insassen dreier großer sowjetischer Gefangenenlager gewesen waren, Ozelsk, Ostaschkow und Starobelsk; Zawodny, a.a.O., S.6f.

[49] Diensttagebuch, S.645.

[50] Goebbels' Press Conferences, Konferenz vom 12.4.1943.

[51] Bramsted, a.a.O., S.330; Lochner, a.a.O., S.298.

[52] Goebbels' Press Conferences, Weisungen vom 14. und 15.4.1943.

[53] Die deutschen Stellen haben bei Katyn möglichst viel gefilmt, fotografiert und auf Band aufgenommen; Hearings, Part 4, S.717.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gestimmt werden. Dabei würden die Fragen der Umsiedlung[54], der Arbeitererfassung, der Ernährungslage im Vordergrund stehen. Auch werde der polnischen Geistlichkeit die Möglichkeit gegeben werden, eine Betreuung der Leichen durchzuführen."[55]

Nichtsdestoweniger – und Goebbels wußte das nur zu genau – gab es für die mit Katyn geführte Propagandakampagne Probleme und Komplikationen, denen begegnet werden und die man überwinden mußte. Nach Stalingrad stellte Katyn für einen Augenblick tatsächlich den ganzen Zweck und den Charakter der üblichen antibolschewistischen Propaganda in Frage. Zumindest war Goebbels durch die Gleichzeitigkeit – fast – von Stalingrad und Katyn gezwungen, bei seiner antibolschewistischen Propaganda mit größerer Umsicht zu argumentieren. Das tat er auf einer Konferenz im Propagandaministerium am 16. April 1943: Vorrang müsse der Schutz der „nationalen Interessen" haben. Zwar sei dem Schicksal der in Stalingrad und an anderen Stellen der Ostfront gefangengenommenen deutschen Soldaten weiterhin die ihm – im Rahmen der antibolschewistischen Propaganda – gebührende Aufmerksamkeit zu schenken; doch sollte diese Aufmerksamkeit das nationale Interesse nicht gefährden. Er hielt es für falsch, der deutschen Bevölkerung die bolschewistischen Greueltaten (z. B. Katyn) zu verschweigen, weil sie die Befürchtung wecken könnten, daß anderen – d. h. deutschen – Gefangenen in russischer Hand ein ähnliches Schicksal bevorstehe. Jedoch gab er zu, dafür verantwortlich zu sein, wenn die bisherige antibolschewistische Propaganda ein wenig zurückhaltend oder selbst leisetreterisch gewesen sei, was u. a. zu der in Deutschland verbreiteten Meinung geführt habe, der Bolschewismus sei vielleicht doch nicht so schlimm, daß man zu keiner Art modus vivendi mit den Bolschewiken kommen könnte. Goebbels fand es zwar nur natürlich, daß nach vier Kriegsjahren allerhand Meinungen und Ansichten geäußert würden; aber das Gerede von der Möglichkeit einer Verständigung mit den Bolschewiken beunruhigte ihn zutiefst. Seine Antwort bestand darin, dem deutschen Volk energisch und unentwegt den einen Gedanken einzuhämmern: „Wenn der Bolschewismus sich über Europa wälzt, gibt es für uns keine Lebensmöglichkeit mehr, dann wird unser Leben ausgelöscht."

Dann befaßte sich Goebbels wiederum mit dem verhältnismäßigen Gewicht des nationalen Interesses und des Schicksals der deutschen Gefangenen in russischer Hand; er betonte nochmals, das nationale Interesse sei unbedingt vorrangig. Schließlich sprach er direkt von Katyn: Er habe gestern abend eine falsche Entscheidung getroffen, die er inzwischen aber wieder revidiert habe. Fotos von Katyn seien ihm vorgelegt worden. Sie seien so schrecklich, daß man einfach habe sagen müssen, sie könnten anderen Leuten nicht gezeigt werden. Man schäme sich, daß es Menschen seien, die solche Grausamkeiten verübten. Diese Menschen als Tiere zu bezeichnen, sei eine

[54] Das bezieht sich auf ein großes Problem, das nicht allein das Generalgouvernement, sondern alle besetzten Gebiete Osteuropas beunruhigte, nämlich die Politik der Umsiedlung, d. h. den zwangsweisen Transfer von Bewohnern großer Gebiete, um diese rein deutsch zu machen. Vgl. z. B. H. Krausnick, Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940), in: VfZ 5 (1957), S. 194–198.

[55] Diensttagebuch, S. 637, 645 f.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beleidigung für die Tiere. Ungeachtet des Risikos, daß unter dem Eindruck der Katyn-Aufnahmen viele Deutsche dafür eintreten würden, daß öffentlich nichts getan werden dürfe, was die deutschen Gefangenen in sowjetischer Hand gefährden könnte, hielt Goebbels die Veröffentlichung dieser Fotos für unbedingt notwendig, damit die Deutschen endlich mit dem Unsinn aufhörten, zu sagen, der Bolschewismus sei vielleicht doch nicht so schlimm. Man sei mit einem System konfrontiert, das einen Rassenkrieg erster Güte mit brutaler Rücksichtslosigkeit führe. Dagegen richte man mit schwächlicher Sentimentalität nichts aus, nur mit gleicher Rücksichtslosigkeit. Dann sagte der Minister, er werde in dieser Frage eine Führerentscheidung zu erwirken suchen. Er sei sicher, daß der Führer seiner Auffasaung zustimmen werde.

Nach Goebbels' Ansicht mußte die umgekehrte Behandlung des Falles, nämlich eine zu große Rücksichtnahme auf das Schicksal der deutschen Gefangenen in Rußland durch Abschwächung der antibolschewistischen Propaganda, die Deutschen völlig in die Defensive drängen. Er wollte hingegen die Offensive nach allen Richtungen, in der Auslandspropaganda durch Angriffe gegen die Russen, aber auch gegen Engländer und Amerikaner, und in der Inlandspropaganda durch die Vorführung der Katyn-Aufnahmen in den Wochenschauen[56].

Um die gleiche Zeit wurde in Berlin die Frage erörtert, auf welchem Wege ein international überzeugender Beweis der deutschen „Unschuld" am Verbrechen von Katyn erreicht werden könne. Professor Dr. Franz Alfred Six, zuvor in Himmlers Reichssicherheitshauptamt tätig und seit 1. April 1943 Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts, die hauptsächlich mit der Beeinflussung der öffentlichen Meinung befaßt war[57], hatte Reichsaußenminister v. Ribbentrop am 13. April berichtet, Goebbels habe das AA gebeten, dafür zu sorgen, daß das Internationale Rote Kreuz zur Exhumierung der Leichen eine Kommission nach Katyn schicke[58]. Werner von Tippelskirch, in der Wilhelmstraße für Angelegenheiten der Sowjetunion und des Generalgouvernements zuständig, unterbreitete der Politischen Abteilung am 15. April 1943 ein Memorandum, in dem er vorschlug, ein amtliches Protokoll über Katyn zu verfassen, das auch im Ausland verwendbar sein müsse, da manche neutrale Journalisten, die in Katyn gewesen seien, eine Veröffentlichung ihrer Eindrücke ablehnten. Er erwähnte auch, daß das OKW ebenfalls ein solches Protokoll verlange[59]. Gleichzeitig erhielt das AA das gesamte im Ausland verwertbare Propagandamaterial, in welchem natürlich die Verantwortung der „jüdischen GPU-Kommissare" für die Erschießungen gebührend betont wurde[60].

Weitere Vorschläge kamen von anderer Seite. Ernst Bohle, Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP und Staatssekretär im AA, übermittelte Himmler am 14. April

---

[56] Goebbels' Press Conferences, Konferenz vom 16. 4. 1943.

[57] P. Seabury, The Wilhelmstraße. A Study of German Diplomats Under the Nazi Regime, Berkeley/Los Angeles 1954, S. 137.

[58] AA 50 (Büro des Staatssekretärs. Rußland. Jan. 1943–Mai 1943)/33673–74; Hearings, Part 5, S. 1341.

[59] AA 1327 (Pol. V., Polen–Rußland, Nov. 1940–Juni 1944)/352027; Hearings, Part 5, S. 1343.

[60] AA 5827/E 424381–83, Six/Bern, 15. 4. 1943, E 424396, Braunstumm, Bern, 17. 4. 1943.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Empfehlung für die propagandistische Behandlung des Falles Katyn, die er, wie er sagte, von einem im Ausland lebenden Parteigenossen bekommen hatte. Danach sollte die Reichsregierung oder das Reichspropagandaministerium die Regierungen der Alliierten einladen, medizinische Sachverständige nach Katyn zu schicken, um sich „von den bolschewistischen Greueltaten zu überzeugen"; auch General Sikorski, Ministerpräsident der polnischen Exilregierung in London, solle als Privatperson eingeladen werden, an der Identifikation der in Katyn ermordeten polnischen Offiziere teilzunehmen. Bohle vermutete, daß die Alliierten die Einladung ablehnen und Sikorski daran hindern würden, nach Katyn zu reisen, falls er das wollen sollte. Dies könnte Propagandamaterial ergeben, das zur Spaltung der Alliierten beitrage. Himmler beschäftigte sich mit dieser Empfehlung aber erst acht Tage später, am 22. April, als die Lage infolge mehrerer wichtiger internationaler Vorgänge verändert war[61].

Das deutsche Ersuchen an das Internationale Rote Kreuz wurde vom Deutschen Roten Kreuz am 15./16. April 1943 übermittelt und unverzüglich beantwortet. Die Antwort gab jedoch einige Hinweise auf die Schwierigkeiten, welche diesem Teil des deutschen Plans entgegenstanden. Der Präsident des IRK, Max Huber, erklärte zwar seine Bereitschaft zur Entsendung einer Kommission, doch betonte er, dies sei nur möglich, wenn auch die anderen interessierten Parteien ein ähnliches Ersuchen stellten. Das entsprach den Grundsätzen, die vom IRK am 12. September 1939 in einem an alle kriegführenden Staaten verschickten Memorandum als Bedingung für die Teilnahme des IRK an solchen Unternehmungen genannt worden waren[62]. „Interessierte Parteien" meinte in diesem Fall auch die Sowjetunion, und die Deutschen nahmen an, daß die Sowjets ein derartiges Ersuchen wohl kaum stellen würden, allenfalls die Londoner Exilpolen.

Ungefähr zur gleichen Zeit begannen die Deutschen ihre eigene „internationale Kommission" medizinischer Sachverständiger zu organisieren, die mit größtmöglicher Autorität die deutsche Behauptung bekräftigen sollte, daß für die Verbrechen von Katyn die Sowjetunion verantwortlich zeichne. Später nahm Dr. Wilhelm Zietz, stellvertretender Chef des Reichsgesundheitsamts und der Reichsärztekammer, die Initiative zu dieser Aktion für sich in Anspruch. Nachdem er die Rundfunkmeldung über Katyn gehört und dabei erfahren habe, daß sein alter Freund Buhtz, Professor für Gerichtsmedizin an der Universität Breslau, mit den Exhumierungen in Katyn betraut sei, habe er mit Buhtz in Katyn telefoniert. Im Lauf des Gesprächs habe Buhtz ihm gesagt, daß die von Goebbels angegebenen Zahlen ungenau seien. Hierauf habe er, Zietz, gefragt, ob es nicht wünschenswert sei, eine internationale Kommission

[61] Bundesarchiv Koblenz, NS. 19 neu/1762, Bohle/Himmler, 14.4. 1943; Zawodny, a.a.O., S. 31. Da Bohles Brief auf amtlichem Briefbogen mit entsprechendem Briefkopf geschrieben ist, seine Person und seine Position wohlbekannt waren, ganz sicher in Regierungs- und Parteikreisen, ist es nicht klar, wieso Zawodny schreiben konnte, daß Bohle „ein relativ unbekannter deutscher Beamter" gewesen sei. Außerdem erwähnt Zawodny nicht, daß Bohle sagte, er gebe eine Anregung an Himmler weiter, die er selbst von anderer Seite erhalten habe. Das ist im ersten Absatz seines Briefes an Himmler klar zum Ausdruck gebracht.

[62] Amtliche Dokumente, S. 61; Zawodny, a.a.O., S. 33.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Katyn zu entsenden, was Buhtz bejaht habe. Zietz wollte sich danach an seinen Vorgesetzten, den Reichsgesundheitsführer und Staatssekretär Dr. Conti, gewandt haben, der dem Gedanken ebenfalls zugestimmt habe. Schließlich sei dann die Sache mit der Kulturpolitischen Abteilung des AA und dann mit Ribbentrop selbst beraten worden[63].

Dem Memorandum des Professors Six vom 17. April zufolge hatte jedoch der Stellvertreter des Dr. Conti, womit er Zietz meinte, ihn besucht, um ihm zu sagen, der Gedanke an diese Kommission sei im Reichspropagandaministerium entstanden, das auch den Reichsgesundheitsführer als zuständig bezeichnet habe, die Angelegenheit mit dem AA zu arrangieren. Dies wird durch das Protokoll der Konferenz vom 17. April 1943 im Reichspropagandaministerium bestätigt, in dem es heißt, daß Berndt eine Kommission von Sachverständigen aus allen europäischen Ländern vorgeschlagen habe, die über ihre Eindrücke von Katyn ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlichen solle. Der Minister habe dem begeistert zugestimmt und betont, daß eine scharf antibolschewistische Erklärung einen tiefen Eindruck machen würde[64].

Dr. Conti hatte bereits eine Liste mit den Namen von vierzehn potentiellen Kommissionsmitgliedern zusammengestellt. Professor Six wies jedoch nachdrücklich darauf hin, daß dieser Plan, wenn er positive Ergebnisse zeitigen solle und man Absagen vermeiden wolle, vom Ministerium sorgfältig vorbereitet werden müsse. Er hielt es auch für wesentlich, die Einladungen zur Teilnahme an einer solchen Kommission vom Reichsgesundheitsführer ausgehen zu lassen, um dem Vorhaben keinen politischen, sondern einen wissenschaftlichen Anstrich zu geben[65].

Die Vorschläge des Reichspropagandaministeriums zur Bildung einer Sachverständigenkommission, nach denen das AA dann auch handelte, sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie kurz nach den ersten deutschen Meldungen über Katyn gemacht worden waren; mithin ist der oft erweckte Eindruck falsch, die Deutschen hätten ihre Kommission nur als Alternative zu jener des IRK organisiert, die auf Grund der Haltung der Sowjetunion nicht zustande kam. Indes dachte das Propagandaministerium auch daran, Besichtigungen Katyns durch offizielle Vertreter neutraler und befreundeter Staaten zu veranstalten, unabhängig von der geplanten Kommission medizinischer Experten. Alfred Berndt schlug am 16. April sogar vor, solche Einladungen auch an den englischen und den amerikanischen Geschäftsträger in Bern zu schicken, womit Goebbels einverstanden war. Natürlich war beabsichtigt, die Erklärungen und Eindrücke der Besucher Katyns, vor allem wenn es sich um prominente Polen handelte, propagandistisch auszunutzen. Goebbels war auch mit der von Oberst Martin – ebenfalls am 16. April – vorgetragenen Anregung einverstanden, englische und amerikanische Kriegsgefangene zu einem Katyn-Besuch einzuladen[66].

Daß es der deutschen Propagandamaschine möglich war, jede Veränderung der

[63] Hearings, Part 5, S. 1485 ff.; Fitzgibbon, Unpitied, S. 298 ff.

[64] Goebbels' Press Conferences, Konferenz vom 17. 4. 1943.

[65] AA 50/33693–94, Memorandum Six, 17. 4. 1943.

[66] Goebbels' Press Conferences, Konferenz vom 16. 4. 1943; AA 50/33692, Memorandum Erdmannsdorff, 17. 4. 1943.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Situation sofort zu nützen, bewies ihre Reaktion auf die vom „Daily Telegraph" und von der Agentur Reuter am 16. April gebrachte Nachricht, am Tag zuvor habe in London die polnische Exilregierung in geheimer Sitzung beschlossen, sich ebenfalls an das Internationale Rote Kreuz mit der Bitte um eine unparteiische Untersuchung zu wenden. Am folgenden Tag, dem 17. April, gab die polnische Exilregierung durch ihren Verteidigungsminister, General Marian Kukiel, ein Kommuniqué heraus. Es schilderte zunächst die langen und erfolglosen Bemühungen der polnischen Regierung um Auskunft über die verschwundenen Offiziere. Da ihre Anfragen von den sowjetischen Behörden nicht beantwortet worden seien, habe sie nunmehr das Internationale Rote Kreuz gebeten, die deutschen Beschuldigungen von einer kompetenten internationalen Organisation untersuchen zu lassen[67].

Noch am gleichen Tag, dem 17. April, schrieb Goebbels in sein Tagebuch, diese Erklärung stelle „eine grundsätzliche Wendung des ganzen Falles Katyn" dar, die „uns außerordentlich recht ist". Er nahm sofort Verbindung mit Hitler auf, „der mir die Erlaubnis gibt, unsererseits ein Telegramm an das Internationale Rote Kreuz zu richten, in dem es darum gebeten wird, seine Mitwirkung bei der Identifizierung der Leichen in größtmöglichem Umfange zur Verfügung zu stellen. Dies Telegramm wird vom Herzog von Coburg und Gotha unterzeichnet, der ja in England einen bekannten Namen besitzt und über große verwandtschaftliche Beziehungen verfügt. Damit ist meiner Ansicht nach eine Angelegenheit ins Rollen gekommen, über deren Auswirkungen wir uns vorläufig noch kein Bild machen können."[68] Einem vom Staatssekretär im AA, Ernst von Weizsäcker, am 17. April, also kurz vor seiner Übersiedlung nach Rom als deutscher Botschafter beim Vatikan, geschriebenen Memorandum zufolge hat Hitler selbst, nachdem er über den polnischen Schritt in Genf informiert worden war, „spontan" die Weisung für ein weiteres Ersuchen an das Internationale Rote Kreuz gegeben[69]. Jedenfalls zeigte sich Goebbels an diesem 17. April höchlichst erfreut über die Aussichten der propagandistischen Ausschlachtung des Falles Katyn, den er und Hitler zu einer cause célèbre machen wollten[70].

Was Goebbels vorschwebte, als er von weitreichenden Rückwirkungen der Enthüllungen über Katyn sprach, hat er ebenfalls bereits auf der Konferenz vom 17. April dargelegt: Wenn der Fall Katyn mit genügend Geschick und nach den auf den Konferenzen erarbeiteten Richtlinien behandelt werde, sei zu hoffen, daß eine tiefe Spaltung der gegnerischen Front herbeigeführt werden könne[71]. Katyn sollte also die deutsche These von „der bolschewistischen Unmenschlichkeit und der anglo-ameri-

[67] A. Toynbee/V. M. Toynbee, Survey of International Affairs 1939–1946. The Realignment of Europe, London 1955, S. 141; Zawodny, a. a. O., S. 32.

[68] Lochner, a. a. O., S. 302; Amtliche Dokumente, S. 61.

[69] AA 50/33686, Memorandum Weizsäcker, 17. 4. 1943; Hearings, Part 5, S. 1367; Zawodny, a. a. O., S. 33, glaubt offenbar, daß Hitler und Goebbels nach dem ersten Reuter-Bericht vom 16. handelten, während sowohl aus den veröffentlichten Tagebuchnotizen von Goebbels wie aus dem Weizsäcker-Memorandum klar hervorgeht, daß der Reuter-Bericht vom 17. der auslösende Faktor war.

[70] Bramsted, a. a. O., S. 330 f.; Lochner, a. a. O., S. 302.

[71] Goebbels' Press Conferences, Konferenz vom 17. 4. 1943.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kanischen Kapitulation vor ihr untermauern"[72], und um das zu erreichen, mußte betont werden, daß der Bolschewismus sein Wesen, nämlich die „jüdische Bestialität"[73], nie geändert habe und nie ändern könne. Der alte nationalsozialistische Trick, Bolschewismus und Judentum zu koppeln, sollte daher in der Katyn-Propaganda so oft wie möglich angewandt werden. Es wäre völlig falsch, meinte Goebbels, wollte man annehmen, daß die deutsche Auslandspropaganda behindert würde, wenn man den Fall Katyn mit der Judenfrage verbinde; auch der Führer halte eine solche Verbindung für nützlich[74].

Die offenkundigen Absichten der deutschen Propaganda sollten jedoch verschleiert werden. Der Minister verlangte von seinen Propagandisten, den Fall Katyn auf völlig unpolitische Weise zu behandeln. Man dürfe unter keinen Umständen den Eindruck erwecken, als wolle man im Lager der Alliierten Zwietracht säen. Nur Fakten, die unwandelbare Natur des Bolschewismus und die humanitäre Seite des Falles seien herauszustellen[75].

Der Erfolg der deutschen Anstrengung hing freilich weitgehend von den Haltungen und Reaktionen nicht-deutscher Regierungen und Organisationen ab. Die Antwort des IRK auf das erste deutsche Ersuchen um Entsendung einer unparteiischen internationalen Untersuchungskommission nach Katyn hatte gezeigt, daß die Aussicht auf ihr Zustandekommen gering war, nachdem das IRK auch einen entsprechenden Wunsch der Sowjetunion verlangte. Jedermann wußte, daß das nicht in Frage kam. Als Hitler nach dem polnischen Schritt in Genf die Weisung gab, dem IRK sofort, d.h. noch am 17. April, ein zweites Gesuch zu schicken, wurde allgemein angenommen, dies habe nur den einzigen Zweck, „die Polen in Verlegenheit zu bringen und die Sowjetregierung zu einer heftigen Reaktion zu provozieren"[76]. Am 19. April schien ein wütender Angriff der Prawda auf die Polen genau das zu versprechen. Unter der Überschrift „Hitlers polnische Kollaborateure" warf das Blatt der polnischen Exilregierung Unterstützung der „gemeinen Provokation der Hitleristen" vor. Es sei bekannt, daß die Deutschen viele Greueltaten begangen hätten, und wenn sie nun versuchten, die Greuel von Katyn „jüdischen Kommissaren" in die Schuhe zu schieben, so sei das polnische Ansuchen beim Roten Kreuz (zur gleichen Zeit wie das deutsche Gesuch[77]) „als direkte und offenkundige Unterstützung der Hitlerschen Provokateure" anzusehen[78].

Während dieser Artikel eine „internationale Sensation" auslöste und eine schwere Krise in den polnisch-sowjetischen Beziehungen einleitete[79], schickte Karl Megerle,

[72] Balfour, a.a.O., S. 332.
[73] Goebbels' Press Conferences, Konferenzen vom 16. und 17. 4. 1943.
[74] Ebenda.
[75] Ebenda, Konferenz vom 18. 4. 1943.
[76] Zawodny, a.a.O., S. 33.
[77] Anscheinend ist das zweite deutsche Ansuchen an das IRK eine Stunde vor der polnischen Bitte eingegangen; Zawodny, a.a.O., S. 32f.
[78] Toynbee, a.a.O., S. 142.
[79] Ebenda.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein Günstling Ribbentrops und früherer diplomatischer Korrespondent der Berliner Börsenzeitung, der zum ständigen Vertreter des Außenministers in Propagandafragen geworden war[80], am 19. April um 23.05 Uhr den deutschen Vertretungen in Budapest und Genf Telegramme, mit denen er die Krise im polnisch-sowjetischen Verhältnis so weit wie möglich ausnützen wollte. Er verlangte nämlich von den deutschen Diplomaten in Budapest und Genf, unter den polnischen Emigranten vier Personen zu suchen, möglichst mit antibolschewistischer bzw. antisemitischer Einstellung oder solche, die in Polen Kameraden verloren hatten, deren Leichen sich unter den in Katyn gefundenen befinden konnten, jedenfalls vier Polen, die bereit wären, dorthin zu reisen und sich von der deutschen Version der Sache zu überzeugen. Doch war niemand zu finden, der sich auf diese Art von den Deutschen gebrauchen lassen wollte[81].

Nur drei Tage später, am 22. April, übermittelte Himmler als seine eigene Idee Ribbentrop den Vorschlag, der am 14. von Bohle gekommen war, nämlich Kontakt mit den Polen in London aufzunehmen und den Versuch zu machen, sie für antisowjetische Aktionen „in Dienst" zu nehmen. Himmler meinte, wenn Sikorski zu überreden sei, mit von ihm selbst gewählten Begleitern nach Spanien zu reisen, könnten die Deutschen diese Gruppe von dort in einem Flugzeug nach Katyn bringen. Der RFSS schloß seinen Brief mit einer servilen Verschleierung seines Plagiats: „Das ist nur ein Gedanke von mir, der vielleicht nicht durchführbar ist."[82] Goebbels glaubte jedoch am 21. April ohnehin zuversichtlich, daß „das Ziel unserer Propaganda, die europäische Öffentlichkeit mit Abscheu vor dem Bolschewismus zu erfüllen, jetzt voll und ganz erreicht worden ist"[83].

Inzwischen hatten die Deutschen die Vorbereitungen für ihre eigene „Sachverständigenkommission" vorangetrieben[84]. Daß die Bildung einer internationalen Kommission unter der Schirmherrschaft des IRK von allen am Fall Katyn beteiligten Parteien, also von Deutschland, Polen und der Sowjetunion, verlangt werden müsse, hatte IRK-Präsident Max Huber in seiner Antwort vom 22. April auf das am 17. April eingegangene Telegramm des Herzogs von Coburg-Gotha abermals erklärt. Bemerkenswert in Hubers Brief vom 22. war der Hinweis, die Zustimmung der Sowjetunion zu einer IRK-Kommission könnte von Deutschland und Polen auf dem Wege direkter Verhandlungen durch deutsche diplomatische Kanäle, d. h. über die Schutzmacht Schweden, oder durch Vermittlung des IRK erreicht werden[85]. Das Auswärtige Amt reagierte darauf am 23. April mit der Feststellung, ein direkter Kontakt mit sowjetischen Stellen komme für Deutschland nicht in Frage. Immerhin wurde mitgeteilt, daß sich eventuell das Deutsche Rote Kreuz an das Internationale Komitee des IRK mit dem Ersuchen um Kontaktaufnahme zu den Russen wenden könnte. „Hierdurch

[80] Seabury, a. a. O., S. 137.

[81] AA 50/33695–96, Megerle/Budapest, Genf, 19. 4. 1943; AA 50/33698, Nostitz/AA, Genf, 20. 4. 1943; Hearings, Part 5, S. 1372, 1380; Zawodny, a. a. O., S. 31.

[82] BA, NS. 19 neu/1762, Himmler/Ribbentrop, 22. 4. 1943; Zawodny, a. a. O., S. 31.

[83] Bramsted, a. a. O., S. 331 f.

[84] AA 50/1327, 5827; Hearings, Part 5, S. 1375, 1389 ff.

[85] AA 50/33702–703; Hearings, Part 5, S. 1385; Amtliche Dokumente, S. 62.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

könnte eine Grundlage dafür geschaffen werden, bei der russischen Ablehnung das schlechte Gewissen der Sowjets in der Öffentlichkeit anzuprangern."[86]

Am Ende kam es zu einer russischen „Ablehnung durch Unterlassung". Der IRK-Brief vom 22. April bedeutete im Grunde eine offene Aufforderung an die Deutschen (und Polen), selbst die Initiative zu Verhandlungen mit Sowjetvertretern über die Frage einer internationalen Kommission unter der Schirmherrschaft des IRK zu ergreifen. Das Kommuniqué vom 23. April 1943 hingegen, in dem das IRK seinen Standpunkt in dieser Sache wiederholte, war eine offene Aufforderung an die Sowjetunion, die Hilfe des IRK zu erbitten. Die Russen blieben die Antwort schuldig und verhinderten damit eine IRK-Untersuchung. Ihre Einstellung war schon einige Tage früher, am 21. April, klar geworden, als die sowjetische amtliche Nachrichtenagentur TASS die polnische Regierung in London wegen ihres Ersuchens an das IRK angegriffen hatte; dieses Vorgehen beweise den ungeheuren Einfluß der „hitlerfreundlichen Elemente" in polnischen Regierungskreisen[87]. Die polnische Zurückweisung des sowjetischen Ansinnens, die Deutschen öffentlich anzuklagen[88], war dann Wegbereiter sowohl des sowjetischen Bruchs mit der polnischen Exilregierung wie der formellen Berufung einer internationalen Expertenkommission durch die Deutschen.

Das Internationale Komitee des IRK scheint seine Lage gegenüber der Sowjetregierung als unmöglich empfunden zu haben. Obwohl die Beziehungen zwischen Moskau und Genf nur lose waren, stand das IRK gerade damals wegen der Kriegsgefangenen in Rußland mit Moskau in telegrafischer Verbindung. Es fürchtete nun, daß Moskau alle Verhandlungen über das Schicksal der Kriegsgefangenen abbrechen würde, wenn das IRK selbst die Ansuchen der Deutschen und Polen bei der Sowjetregierung zur Sprache brächte. Das Komitee müsse vor irgendwelchen Schritten im Fall Katyn erst die sowjetische Antwort auf sein Telegramm in der Kriegsgefangenenfrage abwarten, wurde gesagt, und im deutschen Konsulat in Genf glaubte man, die Sowjetregierung werde eben deshalb eine Verzögerungstaktik praktizieren und die Anfrage des IRK hinsichtlich der Kriegsgefangenen vorerst nicht definitiv beantworten[89]. Wie groß der Wunsch des IRK war, bei der Sowjetregierung keinen „Anstoß" zu erregen, zeigte sich auch in Carl Burckhardts Bitte an das Foreign Office, den sowjetischen Botschafter in London von den Antworten des IRK an Deutschland und Polen zu informieren, damit er Moskau mitteilen könne, daß sich das IRK in der Sache korrekt verhalten habe. Das Foreign Office sah dazu keine Veranlassung: „Da die Russen keine Verbindung mit dem IRK aufgenommen haben, scheint es unnötig, daß sich das IRK mit den Russen in Verbindung setzt, sei es direkt oder auf anderem Wege."[90]

---

[86] AA 50/33704–705, Albrecht/Ribbentrop, 23. 4. 1943; Hearings, Part 5, S. 1388.

[87] Hearings, Part 6, Facts and Documents, S. 1726.

[88] Zawodny, a. a. O., S. 33.

[89] AA 50/33699–700, Nostitz/AA, Genf, 20. 4. 1943, Hearings, Part 5, S. 1378.

[90] Foreign Office Correspondence 371 (FO), Public Record Office, London, C5040/258/55, Volume 34573, Minute, Northern Department, 10. 5. 1943.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 26. April 1943 brach die Sowjetunion die Beziehungen zur polnischen Exilregierung in London ab. In einer Note, die Molotow dem polnischen Botschafter in Moskau vorgelesen hatte und die dann einfach im Hotel des Botschafters abgegeben wurde, sah sich die polnische Regierung streng gerügt, weil sie „hinter dem Rücken der Sowjetunion" zur selben Zeit wie die Deutschen eine Untersuchung des IRK beantragt habe und eine Pressekampagne „im gleichen Sinne" führe. Da die polnische Regierung „so tief gesunken [ist], mit der Hitler-Regierung im Gleichschritt zu gehen", und gegenüber der Sowjetunion eine feindliche Haltung annehme, habe die Sowjetregierung „beschlossen, die Beziehungen zur polnischen Regierung abzubrechen"[91].

Obschon der Bruch im polnisch-sowjetischen Verhältnis den Deutschen offensichtliche psychologische und politische Vorteile bescherte, zögerten sie, diese Vorteile auszunützen. Am 26. April, dem Tag des polnisch-sowjetischen Bruchs, schrieb Ribbentrop, als er endlich auf Himmlers Anregung antwortete, polnische Emigranten in London gegen die Sowjets einzuspannen, daß eine solche Propaganda gewisse Wirkungen haben könnte, daß aber die Grundsätze der deutschen Außenpolitik gegenüber der polnischen Exilregierung ihrem Wesen nach jeden Kontakt mit den Polen ausschlössen. Diese Grundsätze seien so gewichtig, daß sie „nicht zugunsten einer im Augenblick vielleicht ganz verlockenden Propagandaaktion außer acht gelassen werden dürfen"[92].

Ähnlich verhielt sich Goebbels, der an das Glück kaum glauben konnte, das ihm durch die neue Entwicklung in den Beziehungen zwischen den gegnerischen Mächten zugefallen war, der aber, wie seine Tagebucheintragung vom 27. April verrät, anfangs unsicher war, wie er die nunmehrige Lage mit ihren möglicherweise auch für Deutschland weitreichenden Folgen behandeln sollte: „Ich halte die sensationelle Meldung des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der polnischen Exilregierung vorläufig zurück; ich will noch einen Tag lang die weitere Entwicklung abwarten, um zu sehen, was hier zu machen ist."[93] Goebbels fand den Vorgang sogar so bedeutend, daß er meinte, über die propagandistische Reaktion Deutschlands müsse eine Führerentscheidung herbeigeführt werden, und zwar angesichts der Umstände mit größter Beschleunigung. Bis dahin solle die Tatsache nur kommentarlos berichtet werden[94]. Dementsprechend erhielten die deutschen Propagandamedien die strikte Weisung, unter keinen Umständen Triumphgefühl zu zeigen. Der Bruch zwischen Moskau und der polnischen Exilregierung könne zwar als großer Erfolg der deutschen psychologischen Kriegführung gelten, doch wäre es unklug, dies in der Öffentlichkeit zu sagen[95].

Zweifellos hatte Goebbels recht, auf die Entwicklung der polnisch-russischen Beziehungen zunächst mit Zurückhaltung zu reagieren. Hätten die deutschen Propa-

[91] Bramsted, a.a.O., S. 332; Zawodny, a.a.O., S. 36f.; Kacewicz, a.a.O., Kap. VII.
[92] BA, NS. 19 neu/1762, Ribbentrop/Himmler, 26.4. 1943; Zawodny, a.a.O., S. 31.
[93] Lochner, a.a.O., S. 314f.; Bramsted, a.a.O., S. 332.
[94] Goebbels' Press Conferences, Weisung Goebbels vom 27.4. 1943.
[95] Lochner, a.a.O., S. 317; Bramsted, a.a.O., S. 332.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gandamedien sofort Lobgesänge auf die angebliche Rolle Deutschlands in dieser Sache angestimmt, wären alle von Deutschland möglicherweise zu erntenden praktischen und psychologischen Vorteile in weltweiter Entrüstung und in einer plötzlich wieder gegen Deutschland gerichteten Schmähpropaganda untergegangen. Doch am 28. April konnte Goebbels die Lage rosiger sehen. In sein Tagebuch schrieb er: „Einheitlich ist die Meinung aller Feindsender und Feindzeitungen darüber, daß der Bruch als ein totaler Erfolg der deutschen Propaganda, insbesondere meiner Person, anzusehen sei. Man bewundert die außerordentliche List und Geschicklichkeit, mit der wir es verstanden haben, an dem Fall Katyn eine hochpolitische Frage aufzuhängen. In London ist man über diesen Erfolg der deutschen Propaganda auf das äußerste bestürzt. Man sieht jetzt mit einem Male Risse im alliierten Lager auftauchen, die man vorher nicht wahrhaben wollte. Man spricht von einem vollkommenen Sieg Goebbels' ... Die Polen werden von den Engländern und Amerikanern abgekanzelt[96], als gehörten sie zum Feindlager."[97]

Trotz solcher siegesbewußten Bemerkungen war Goebbels und seinen Mitarbeitern nur zu gut bewußt, daß sie mit ihrer Propaganda auf des Messers Schneide balancierten und daß eine einzige Fehlberechnung im Kampf um die deutsche Glaubwürdigkeit alle bisherigen Bemühungen zunichte machen könnte. Das Dilemma, vor welchem Goebbels und die deutschen Propagandastellen in diesem kritischen Augenblick standen, hatte der Minister am 28. April auf einer Konferenz im Propagandaministerium persönlich formuliert: In der Behandlung des Falles Katyn und des damit zusammenhängenden Bruchs zwischen der Sowjetunion und der polnischen Exilregierung müsse größte Vorsicht walten. Alle Berichte darüber seien vor der Veröffentlichung ihm vorzulegen. Die Sache, die sich außerordentlich gut entwickelt habe, könne kompliziert werden. Sie sei nicht mehr allein ein Fall sogenannter Greuelpropaganda, sondern habe sich zu einem staatspolitischen Unternehmen entwickelt. Daher müsse die Taktik flexibel bleiben und dürfe keinen starren Standpunkt vertreten. Im Augenblick sei es wohl am besten, gegenüber den Auseinandersetzungen zwischen Moskau und der polnischen Exilregierung, die auch zu einer Auseinandersetzung zwischen London und Washington führen könnten – wobei London mehr auf der Seite der Sowjets und Washington mehr auf der Seite der Polen stehen würde –, eine Haltung absoluter Unparteilichkeit einzunehmen, nach innen wie nach außen. Das passe besser zur bisherigen Generallinie, da ja die polnische Exilregierung von Deutschland nicht anerkannt sei und bis jetzt ein gewisses Handicap dargestellt habe. Man dürfe nicht den Fehler wiederholen, der im Fall Giraud – de Gaulle gemacht worden sei[98], als man allzu deutlich Schadenfreude gezeigt und damit wahrscheinlich zur Heilung des Konflikts beigetragen habe. Man dürfe jetzt nur Berichte publizie-

[96] Vgl. New York Times, 27.4., The Times, 28.4. 1943; Toynbee, a.a.O., S. 143.

[97] Lochner, a.a.O., S. 315; Bramsted, a.a.O., S. 332f.

[98] Zu den Beziehungen zwischen General Giraud und General de Gaulle und zur Frage der Freien Franzosen in der alliierten Politik vgl. z.B. Sir L. Woodward, British Foreign Policy in the Second World War, London 1962, S. 114, 208f.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren, die man zur Erfüllung der Chronistenpflicht publizieren müsse. Leider sei es nicht möglich, das deutsche Volk über diesen Triumph der deutschen Propaganda zu informieren. Alle Propagandaämter hätten die größte Zurückhaltung zu bewahren[99].

Wenn die deutschen Propagandastellen in der Katyn-Kampagne die Vorhut bildeten, leistete doch auch das Auswärtige Amt seinen Beitrag. Es belieferte die Missionen im Ausland mit dem üblichen Propagandamaterial über die polnisch-russischen Beziehungen[100], machte dabei aber Großbritannien wegen seiner Rolle im angeblichen „appeasement" der Sowjetunion zum besonderen Angriffsziel. In diesem Zusammenhang sollte reichlich Gebrauch von einem Dokument gemacht werden, das in den Archiven des französischen Außenministeriums gefunden worden war. Unter dem Datum des 18. Mai 1940 besagte es, daß der britische Botschafter in Paris, Sir Ronald Campbell, die französische Regierung von einem polnischen Vorschlag unterrichtet hatte, in einer gemeinsamen englisch-französisch-polnischen Note bei der Sowjetregierung gegen russische Greueltaten in Polen zu protestieren, das Foreign Office diesen Gedanken aber abgelehnt hatte, weil dadurch „Unzuträglichkeiten politischer Natur entstehen könnten". Auf Pressekonferenzen im AA am 27. und 28. April 1943 bezeichnete der Sprecher, Dr. Schmidt, dieses Dokument als „besonders sensationell", da es beweise, bis zu welchem Grad die Engländer „unfähig oder nicht willens [sind], Europa vor dem Bolschewismus zu retten. Der Fall Katyn bestätigt das"[101]. Professor Six gab der Botschaft in Bern am 28. April die Weisung, das Dokument für Propagandazwecke voll zu gebrauchen: Aus polnisch-englisch-französischen Quellen würden darin die bolschewistischen Greuel in Polen vollauf bestätigt. Da das Dokument aus dem Mai 1940 stamme, bestehe eine enge Verbindung mit den Morden von Katyn. Man könne daraus schließen, daß den Polen und auch den Engländern und Franzosen der Fall schon damals bekannt war. Jedenfalls werde die Anklage im Fall Katyn durch das Dokument wesentlich gestützt und erhärtet. Es beweise erneut, daß die Engländer durch ihr Schweigen über diese Verbrechen für den bolschewistischen Sturm moralisch verantwortlich seien. Die Wendung „Unzuträglichkeiten politischer Natur" zeige, daß die Engländer bereits im Mai 1940 entschlossen gewesen seien, sich mit den Bolschewisten gegen Deutschland zu verbünden[102] und die Bolschewisten in ihren aggressiven Absichten zu bestärken[103].

---

[99] Goebbels' Press Conferences, Konferenz vom 28. 4. 1943.

[100] AA 5827/E 424347–364, Tippelskirch/Missionen, 28. 4. 1943.

[101] Wiener Library London, a. a. O.

[102] Zur Wichtigkeit dieser Frage im strategischen Denken Hitlers 1940 vgl. A. Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt am Main 1965, S. 215 f.

[103] AA 5827/E 424337–39, Six/Bern, 28. 4. 1943. Die relevanten britischen Dokumente zu dieser Frage im Jahre 1940 in FO. C6548/116/55, vol. 24472. Katyn ist in diesen Dokumenten natürlich nicht erwähnt. Wenn auch die Alliierten 1940 sicherlich die wahre Natur der sowjetischen Herrschaft in den besetzten polnischen Gebieten kannten, so hat Professor Six mit seiner Behauptung, sie hätten damals schon Kenntnis von Katyn gehabt, zweifellos übers Ziel hinausgeschossen. Eine nützliche Analyse der sowjetischen Politik im besetzten Polen von 1939 bis 1941 findet sich in FO. C 4850/258/55, vol. 34571, Owen O'Malley/Eden, 29. 4. 1943.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Angriffslinie paßte vorzüglich in Goebbels' Konzept, das ja betonte, wie sehr die Russen in der ganzen Sache gelogen hätten: 1941 sei von den Sowjets behauptet worden, sie seien nicht in der Lage, über den Verbleib von 12000 polnischen Offizieren Auskunft zu geben; erst jetzt, nachdem das schreckliche Verbrechen entdeckt worden sei, könnten sie das plötzlich und redeten sich darauf hinaus, daß sich die polnischen Offiziere seinerzeit in deutschem Gewahrsam befunden hätten[104]. So Goebbels am 29. April auf einer Konferenz im Propagandaministerium. Am 30. April schrieb er jedoch in sein Tagebuch: „Von allen Seiten wird unsere Propaganda in den Verdacht genommen, wir wollten den Fall Katyn deshalb aufbauschen, um entweder mit den Engländern oder mit den Sowjets zu einem Sonderfrieden zu kommen. Das ist natürlich nicht die Absicht, wenngleich eine solche Möglichkeit natürlich sehr angenehm wäre."[105] Interessant ist, daß Ribbentrops Beauftragter für Propagandafragen, Megerle, am 1. Mai die Weisung gab, das Mißtrauen zwischen England und der Sowjetunion durch die Behauptung zu schüren, die englische Regierung habe die polnische Regierung veranlaßt, sich an das IRK zu wenden. Megerle mahnte, den deutschen Ursprung dieser Behauptung geheim zu halten[106]. Das deutsche Manöver veranlaßte den Lordsiegelbewahrer, Viscount Cranborne, am 25. Mai 1943 im Oberhaus festzustellen, daß der polnische Entschluß zu einem Appell an das IRK von der polnischen Regierung ohne irgendeine Kontaktaufnahme mit dem britischen Botschafter gefaßt worden sei[107].

Die Deutschen setzten ihre Katyn-Propaganda inzwischen mit der Veranstaltung von Besichtigungen des Massengrabs durch Journalisten und Kriegsgefangene (einschließlich Polen) fort[108]. Es ist gesagt worden, daß der Katyn-Besuch gefangener polnischer Offiziere am 16. und 17. April organisiert wurde[109], weil die zuvor nach Katyn gebrachten Polen und das Exekutivkomitee des Polnischen Roten Kreuzes es abgelehnt hatten, polnische Kriegsgefangenenlager in Deutschland zu besuchen und dort über Katyn zu sprechen. Nach ihrer Rückkehr in die Lager erzählten die Offiziers-„Delegierten" ihren Kameraden, die bis dahin den deutschen Rundfunkberichten keinen Glauben geschenkt und als neue Goebbels-Lüge abgetan hatten, in der Tat von ihren Eindrücken in Katyn. Das einzige Ergebnis war eine tiefe Niedergeschlagenheit der polnischen Gefangenen. Sie blieb selbstverständlich ohne Einfluß auf die weit verbreiteten antideutschen Gefühle, doch bewirkte sie immerhin Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion[110].

Den größten propagandistischen Erfolg, der gleichzeitig der eigenen moralischen Rechtfertigung dienen sollte, erhofften die Deutschen vom Katyn-Besuch der aus ge-

[104] Goebbels' Press Conferences, Konferenz vom 29.4. 1943.

[105] Lochner, a.a.O., S.317; Bramsted, a.a.O., S.333.

[106] AA 50/33738–39; Megerle/Ankara, Bern, Stockholm, 1.5. 1943; Hearings, Part 5, S.1406; Zawodny, a.a.O., S.44.

[107] Parliamentary Debates, House of Lords, Vol.127, col.644.

[108] Hearings, Part 1, Part 2, S.31–74, Part 4, S.680–693; FO. C7668/258/55, vol.34581.

[109] Wiener Library London, a.a.O.

[110] Zawodny, a.a.O., S.18; Hearings, Part 6, Facts and Documents, S.1716f.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richtsmedizinischen Experten europäischer Universitäten bestehenden Internationalen Kommission, die sie inzwischen organisiert hatten. Die Mitglieder dieser Kommission wurden am 27. April im Berliner Hotel Adlon versammelt, um am folgenden Tag nach Smolensk zu fliegen, begleitet von Dittmer vom AA, Dr. Stein und Dr. Zietz als Vertreter des Reichsgesundheitsführers und Dr. Bähr vom Propagandaministerium. Das Memorandum, das Professor Six am 27. April schrieb und das sowohl die Kommissionsmitglieder wie ihren Zeitplan aufführt, enthält die bezeichnende Bemerkung, daß Dittmar und Bähr im Laufe der Reise festzustellen beabsichtigten, in welcher Weise und in welchem Maße die Professoren kollektiv oder einzeln für Propaganda in Funk und Presse engagiert werden könnten[111]. Schließlich mußten sich die Deutschen aber mit dem Protokoll begnügen, das die Kommissionsmitglieder zu unterzeichnen bereit waren und das dem Reichsgesundheitsführer Dr. Conti am 2. Mai 1943 übergeben wurde, nachdem die Kommission Smolensk am Tag vorher verlassen hatte. Die im Protokoll zusammengefaßten Feststellungen, die von der Kommission während ihres Aufenthalts in Katyn vom 28. bis 30. April getroffen worden waren, bestätigten zumindest die deutsche Erklärung, daß die polnischen Offiziere im März und April 1940 ermordet worden seien. Die Abordnung des Polnischen Roten Kreuzes und eine deutsche gerichtsmedizinische Sonderkommission kamen zu dem gleichen Ergebnis[112]. Die „Verwendung" der Mitglieder der Internationalen Kommission für Propagandazwecke ist den Deutschen jedoch mißglückt. Das ungarische Mitglied, Dr. Ferenc Orsos, sagte später: „Nach unserer Rückkehr von Katyn nach Berlin und nachdem wir das Protokoll dem Dr. Conti übergeben hatten, beschlossen wir alle, d.h. die ganze Kommission, weder mündlich noch schriftlich irgendetwas über unsere Untersuchungen in Katyn zu äußern, wenn nicht neue wissenschaftliche Erkenntnisse bekannt werden und wir es für nötig erachten sollten, unser Protokoll zu ergänzen ... Uns war die Tatsache bewußt, daß wir den wissenschaftlichen Wert unseres Protokolls zerstören und wahrscheinlich zu Helfern von Propaganda würden, wenn wir über die Dinge reden sollten, die wir gesehen hatten."[113]

Genau den gleichen Standpunkt vertrat das Schweizer Komissionsmitglied, Dr. François Naville, als ihm die Deutschen Anfang Mai den Vorschlag machten, im Rundfunk über seine Eindrücke in Katyn zu sprechen[114]. Aus Budapest berichtete Legationsrat Karl Werkmeister am 8. Mai, daß auch Orsos eine Erörterung des Falles Katyn im Rundfunk oder in der Presse abgelehnt hatte; er fürchte, daß er durch eine Auswertung des Sachverständigenberichts für die Zwecke politischer Propaganda

[111] AA 1327/352028–029; Hearings, Part 5, S. 1394 f.

[112] Amtliche Dokumente, S. 34 ff.; FO. C7261/258/55, vol. 34581 enthält einen Bericht des dänischen Mitglieds der Internationalen Kommission, Dr. Helge Tramsen. Dr. Tramsen sagte auch vor dem Ausschuß des amerikanischen Kongresses aus, vgl. Hearings, Part 5, S. 1420 ff., 1475 ff. Ferner Fitzgibbon, Unpitied, S. 269 ff. Zu den Untersuchungsergebnissen der drei verschiedenen medizinischen Kommissionen insgesamt Zawodny, a. a. O., S. 19 ff.

[113] Hearings, Part 5, S. 1597 ff.; Fitzgibbon, Unpitied, S. 374 ff.

[114] AA 5827/E 424334, Krauel/Bern, Genf, 6. 5. 1943; Hearings, Part 5, S. 1409, 1602 ff.; Fitzgibbon, Unpitied, S. 378 ff.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sein eigenes Ansehen herabsetzen und daß dadurch auch der Bericht an Wert verlieren würde. Er sei höchstens bereit, über die Ergebnisse der Untersuchungen in Katyn vor einem Sachverständigen-Auditorium zu referieren und in einer deutschen Fachzeitschrift einen Beitrag zu veröffentlichen[115]. In Kopenhagen wurde nach seiner Heimkehr dem dänischen Kommissionsmitglied, Dr. Helge Tramsen, vom deutschen Reichskommissar Dr. Best ein analoger Vorschlag gemacht, doch ließ auch Dr. Tramsen sich nicht von der deutschen Propaganda benützen[116]. Am 14. Mai sprach hingegen das tschechische Kommissionsmitglied, Dr. Frantisek Hajek, im tschechischen regionalen Rundfunk über seine Besichtigung von Katyn. Was er sagte, bestätigte voll und ganz die deutsche Erklärung über den Zeitpunkt des Verbrechens und die offensichtlich Schuldigen: „Zeugenaussagen und Papiere, die bei den Toten gefunden wurden, ließen den Schluß zu, daß die Leichen seit etwa drei Jahren im Wald von Katyn begraben liegen."[117]

Trotz aller Bemühungen der deutschen Behörden, der Sachverständigenkommission einen internationalen, neutralen und objektiven Charakter zu geben, hielt die öffentliche Meinung außerhalb Deutschlands ihren Bericht nicht für das letzte Wort in der Sache. Der wichtigste Einwand gegen die Kommission war, daß, so untadelig ihre einzelnen Mitglieder auch sein mochten, zu viele aus Ländern unter deutscher Herrschaft und zu wenige aus neutralen Staaten kamen. Die deutsche Propaganda benützte das Protokoll der „Europäischen Sachverständigenkommission" deshalb nur relativ kurze Zeit[118].

Zu dem bemerkenswerten Mißerfolg der deutschen Propaganda, die Mitglieder der Internationalen Kommission für ihre Zwecke „einzufangen", gesellte sich ein anderer Rückschlag, der an die Einwände erinnert, die Ribbentrop am 26. April gegen die von Himmler angeregte Einspannung von Exilpolen in London geltend gemacht hatte. Am 1. Mai berichtete Schleier von der deutschen Botschaft in Paris, ein Mitglied des Zentralkomitees des Polnischen Roten Kreuzes, die Marquise de Bonnieres, habe erklärt, daß Vertreter der polnischen Emigranten in Grenoble, nämlich Professor Tarlo Mazynski und der frühere Finanzminister Wicenty Jastrebski, mit einem Vertreter des AA zwei Fragen besprechen wollten: erstens die Gründung eines polnischen Nationalkomitees, aus dem mit deutscher Unterstützung eine polnische Regierung hervorgehen könnte, und zweitens die Teilnahme an einer Delegation nach Katyn, um die polnische Kolonie in Frankreich über den Fall zuverlässig unterrichten zu können[119]. Der erste Vorschlag wurde vom AA sofort verworfen, der zweite schien jedoch für Propagandazwecke nützlich zu sein, so daß das AA Kontakt mit dem Reichssicherheitshauptamt und den Behörden im Generalgouvernement aufnahm; es war natürlich eine unumgängliche Voraussetzung, daß das RSHA keine Bedenken

[115] AA 1327/352033; Hearings, Part 5, S. 1409.
[116] Hearings, Part 5, S. 1420 ff., 1475 ff.; Fitzgibbon, Unpitied, S. 269 ff.
[117] Wiener Library London, a. a. O.
[118] Hearings, Part 6, Facts and Documents, S. 1735 ff.
[119] AA 1327/352037.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen die für eine Delegation nach Katyn genannten Polen hatte, noch gegen den späteren Wunsch der Marquise, sich ihnen anzuschließen[120]. Da die deutschen Behörden in Krakau keinen Einwand erhoben und Ohlenbusch den Besichtigungsplan sogar begrüßte, hing alles von der Entscheidung des RSHA ab. In zwei dezidierten Schreiben vom 21. Mai und 7. Juni (das letztere in Beantwortung einer weiteren Anfrage des AA vom 31. Mai) verweigerte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD den Polen die Erlaubnis zur Besichtigung von Katyn[121].

Diese Mißerfolge waren für die zweifelhaften Resultate der deutschen Katyn-Propaganda bei den Alliierten und bei den Polen symptomatisch. Die deutschen Enthüllungen über den Fund in der Nachbarschaft von Smolensk konnten ihre Wirkung auf alle jene, die die Nachricht gehört[122] oder die Gräber gesehen hatten, natürlich nicht verfehlen, doch erwiesen sich die größeren politischen Ziele, die von den NS-Behörden mit der Katyn-Propaganda bei den Alliierten angestrebt wurden, als unerreichbar. Die von Deutschland in halb Europa verwirklichte Pax Germanica war so verrufen, daß das Versagen ihrer psychologischen Kriegführung in diesem Fall nicht einmal die Nationalsozialisten selbst überrascht haben dürfte. Was den Abbruch der Beziehungen zwischen der UdSSR und der polnischen Regierung betraf, so war Katyn nur ein letzter Anstoß und nicht der wahre Grund. Ein solcher Bruch hatte schon zuvor mehrmals im Bereich des Möglichen gelegen, und es ist offensichtlich, daß die deutschen Enthüllungen über Katyn und die nicht ganz unerwartete Reaktion der Londoner Polen dem Kreml eine bequeme und gerade zum damaligen Zeitpunkt willkommene Begründung zur Vorbereitung eines Polen boten, dessen politische Färbung und territoriale Gestalt den Wünschen Moskaus entsprach. „Wenn Stalin einen Vorwand suchte, die polnische Regierung für nichtswürdig zu erklären, was er zweifellos tat, so hatte er einen gefunden."[123] „Die Entdeckung der ungeheuren Tragödie [Katyn] ermöglichte Stalin den ersten Schritt zur künftigen Kontrolle Osteuropas ... Nun hatten die Russen eine prächtige Gelegenheit zu tun, was sie seit längerem planten: die Beziehungen zur polnischen Exilregierung abzubrechen ... Die Sowjets hielten jetzt einen Brückenkopf in der polnischen Frage: Wenn die polnische Regierung wieder anerkannt werden wollte, mußte sie nicht nur die infamen Beschuldigungen zurücknehmen, sondern auch den territorialen Gewinnen zustimmen, die 1939 von den Sowjets auf Kosten Polens erzielt worden waren. Dieser Brückenkopf wurde im Laufe des Krieges erweitert; am Ende war es die sowjetische Diplomatie ebenso wie die Rote Armee, die das ganze Polen eroberte."[124] Nach dem Bruch mit der polni-

---

[120] AA 1327/352047, Tippelskirch/RSHA, 5.5. 1943, 352042, Hencke/Paris, 6.5. 1943, 352045–046, Erdmannsdorff/Krakau, 7.5. 1943, 352048, Schleier/AA, Paris, 8.5. 1943.

[121] AA 1327/352054, Kleetzel/AA, Krakau, 11.5. 1943, 352064, SD/AA, 21.5. 1943, 352065–66, Erdmannsdorf/SD, 31.5. 1943, 352081, SD/AA, 7.6. 1943.

[122] Vgl. die Erklärung der polnischen Exilregierung vom 17.4. 1943; FRUS, 1943, III, S.381f.

[123] I. Deutscher, Stalin. A Political Biography, London/Oxford 1961, S.500. Zu den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der polnischen Exilregierung vgl. Documents on Polish-Soviet Relations 1939–45.

[124] A. B. Ulam, Stalin. The Man and His Era, London 1974, S.583.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Exilregierung konzentrierten die Russen ihre Bemühungen auf die Errichtung oder zumindest die Vorbereitung eines polnischen Staates unter kommunistischer Führung. Der erste Schritt in dieser Richtung, die Bildung eines ausschließlich aus polnischen Kommunisten bestehenden Polnischen Komitees in Moskau, war nur ein Vorläufer des Polnischen Komitees für Nationale Befreiung, das am 21. Juli 1944 in Chelm gegründet wurde[125] – eine Entwicklung, die von größter Bedeutung für das politische Schicksal und die territoriale Gestalt Nachkriegspolens werden sollte[126].

Wenn auch manche Deutsche behaupteten, der polnisch-sowjetische Bruch sei ein unmittelbares Ergebnis der deutschen Propaganda mit Katyn, so verfehlte die Kampagne doch den wichtigsten Zweck, den die Deutschen 1943 mit ihr verfolgten: die Entschlossenheit Englands, Amerikas und Rußlands zu brechen oder wenigstens zu erschüttern, den Krieg gegen das nationalsozialistische Deutschland und seine Verbündeten gemeinsam zum siegreichen Ende zu führen, besonders seit die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation zumindest ein Kriegsziel formuliert hatte, über das es im Lager der Alliierten nur wenige Differenzen gab. Die Kriegsumstände verlangten, jedenfalls von amtlicher Seite keinen Zweifel an der Verlogenheit der deutschen Behauptung über Katyn aufkommen zu lassen, damit der Kampf gegen den größeren Feind, das nationalsozialistische Deutschland, ohne Störung fortgesetzt werden konnte. Gewiß „fanden nicht nur englische, sondern auch amerikanische offizielle Stellen, besonders solche, die mit Propaganda befaßt waren, die Handhabung des Falles Katyn außerordentlich schwierig. Es war ihnen nicht möglich, die Spekulationen in der Öffentlichkeit der eigenen Länder und die Fragen der Polen ganz zum Schweigen zu bringen"[127]. Trotzdem war es, wie eine kürzlich erschienene Studie sagt, die Aufgabe der britischen Propaganda, „dafür zu sorgen, daß der Fall Katyn nur als ein vergeblicher Versuch in die Geschichte eingeht, die militärische Niederlage durch ein politisches Manöver zu verzögern"[128].

In einem Gespräch, das er mit General Sikorski über Katyn hatte, sagte Winston Churchill am 15. April, die deutschen Meldungen und Berichte verfolgten offensichtlich den Zweck, Zwietracht zwischen den Alliierten zu säen, danach aber faßte er seine eigene Meinung in die Worte, daß „die deutschen Enthüllungen vermutlich leider wahr sind. Die Bolschewiken können sehr grausam sein"; „die Tatsachen sind recht abscheulich"[129]. Im Foreign Office wurde die deutsche Version über Katyn zunächst nicht geglaubt, doch immerhin sogleich darauf hingewiesen, daß die Russen nichts unternommen hätten, um die deutschen Beschuldigungen zu widerlegen[130]. Zwar blieben die Russen bei ihrer Erklärung, die polnischen Offiziere, deren Leichen in

---

[125] Feis, a. a. O., S. 374 ff.

[126] J. M. Ciechanowski, The Warsaw Rising of 1944, London 1974; T. Sharp, The Wartime Alliance and the Zonal Division of Germany, London 1975.

[127] Zawodny, a. a. O., S. 40.

[128] Balfour, a. a. O., S. 333 f.

[129] D. Dilks (Hrsg.), The Diaries of Sir Alexander Cadogan 1938–1945, London 1971, S. 521; Woodward, British Foreign Policy in the Second World War, Vol. II, London 1971, S. 625 f.

[130] FO. C 4234/258/55, vol. 34568, Telegramm an Botschafter Washington, 16. 4. 1943.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Katyn exhumiert wurden, seien Kriegsgefangene gewesen, die den Deutschen auf russischem Boden in die Hände gefallen und dann von ihnen getötet worden seien; aber am 14. Mai sagte Denis Allen von der Zentralabteilung des Foreign Office, die Tatsache, daß „jede Verbindung mit den Lagern (Kozelsk, Starobelsk und Ostaschkow) ein gutes Jahr vor dem deutschen Angriff auf Rußland abriß, läßt die Erklärung der Sowjetregierung, die Gefangenen seien zur Zeit der Eroberung von Smolensk im Herbst 1941 in deutsche Hand gefallen, in der Tat sehr dünn erscheinen"[131]. Außerdem hat der britische Botschafter bei der polnischen Exilregierung, Owen O'Malley, in einem langen Bericht, der das Datum 24. Mai 1943 trägt, das damals verfügbare Beweismaterial analysiert und daraus geschlossen, daß die Sowjetregierung für die Erschießungen verantwortlich sei – eine Folgerung, der das Foreign Office wohl oder übel zustimmen mußte[132]. In Washington war man zu ähnlichen Schlüssen gekommen, und zwar früher, als zu jener Zeit oder später irgendjemand zugeben wollte[133].

Was London und Washington mit ihrem Wissen angefangen oder richtiger nicht getan haben, steht seither im Mittelpunkt aller Kontroversen über Katyn, jedenfalls in der westlichen Welt. Während des Krieges mußte zwischen ethischen und machtpolitischen Erfordernissen gewählt werden, und es ist nicht verwunderlich, daß die westlichen Regierungen sich für letztere entscheiden. „Es war für Roosevelt wichtiger, die Sowjetunion im antideutschen Lager zu halten, als sich mit Katyn zu beschäftigen. Churchill, obschon vom Beweismaterial zutiefst beunruhigt, [das] ... auf die Sowjetregierung als den Schuldigen hinwies, glaubte ebenfalls, daß der Sieg bei allen Überlegungen vorrangig sei. Beide Staatsmänner vertuschten die Wahrheit, da auf dem Spiel stand, ob der Krieg gewonnen wird oder nicht."[134] Churchill und Roosevelt mußten die Möglichkeit eines Separatfriedens zwischen Stalin und Hitler in Betracht ziehen, sollten die beiden Westmächte auch nur den Anschein eines Zweifels an den sowjetischen Protesten im Fall Katyn an den Tag legen. Diese Sorge lebte namentlich nach dem Abbruch der Beziehungen zwischen Rußland und Polen auf: infolgedessen bemühte die angelsächsische Presse sich sehr, die Atmosphäre zu entspannen, und zwar durch Appelle an beide Seiten, nicht in eine „Goebbels-Falle" zu stolpern[135]. In seinen Memoiren schrieb Churchill über eine Besprechung mit dem sowjetischen Botschafter Ivan Maisky im April 1943, er habe damals aus verschiedenen Quellen schon eine Menge über Katyn gewußt, aber mit Maisky nicht über den Fall diskutiert, son-

---

131 FO. C 4683/258/55, vol. 34570, C 5277/258/55, vol. 34575.

132 FO. C 6160/258/55, vol. 34577; Woodward, a. a. O., S. 626 Anm. 1. Der Bericht O'Malleys und die Kommentare des Foreign Office dazu bei Fitzgibbon, The Katyn Cover-Up, London 1972, S. 95 ff.

133 Zawodny, a. a. O., S. 179 f.

134 Zawodny, a. a. O., S. 190.

135 Hearings, Part 6, Facts and Documents, S. 1730. Eine interessante und nützliche Analyse der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion von 1939 bis 1941, die von Roosevelts Ziel bestimmt gewesen sei, Stalin doch noch für das Lager der Alliierten zu gewinnen, bei F. Knipping, Die amerikanische Rußlandpolitik in der Zeit des Hitler-Stalin-Pakts 1939–1941, Tübingen 1974.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dern dem Botschafter gesagt: „Wir müssen Hitler schlagen, jetzt ist nicht die Zeit, sich zu streiten und Anklagen zu erheben."[136]

Ähnlich äußerte sich Churchill, als er Ende April 1943 mit einem Schreiben an Stalin versuchte, den Bruch zwischen den Russen und den Londoner Polen zu heilen; er betonte, das Entscheidende sei der gemeinsame Kampf gegen den Nationalsozialismus. Zu den polnischen Klagen über Katyn schrieb er: „Eden und ich haben die polnische Regierung darauf hingewiesen, daß eine Wiederaufnahme freundlicher oder normaler Beziehungen mit Sowjetrußland unmöglich ist, solange sie gegen die Sowjetregierung verletzende Beschuldigungen erhebt und dadurch die abscheuliche Nazi-Propaganda zu unterstützen scheint. Erst recht wäre es für jeden von uns unmöglich, Untersuchungen des Internationalen Roten Kreuzes zu dulden, die unter Nazi-Auspizien stattfinden und vom Nazi-Terror beherrscht würden. Es freut mich, Ihnen sagen zu können, daß sie unseren Standpunkt eingesehen hat und mit Ihnen loyal zusammenarbeiten will."[137] Dies führte zu einer am 29. April veröffentlichten polnischen Deklaration, in der es hieß, die polnische Regierung wünsche der Sowjetunion gegenüber weiterhin eine freundliche Politik „auf der Grundlage der Integrität und vollen Souveränität der Republik Polen zu verfolgen"[138]. Diese erneute polnische Annäherung an Moskau wurde am gleichen Tag in Berlin vom Pressesprecher des AA, Gustav Braun von Stumm, recht geringschätzig kommentiert. Er sah in den verlegenen Formulierungen der Deklaration das Bemühen, vor den Sowjets um jeden Preis so viele polnische Leben zu retten wie nur irgend möglich. Um das zu erreichen, sei die Sikorski-Regierung bereit, sogar im Fall Katyn ein Auge zuzudrücken[139].

Die britische Entschlossenheit, sich weder von deutscher Propaganda noch anderen auf die Spaltung der Alliierten abzielenden Manövern beeinflussen zu lassen, wurde auch von Außenminister Eden bekräftigt, als er am 4. Mai 1943 im Unterhaus über Katyn und die polnisch-russischen Beziehungen sprach. Er stellte fest, daß „die Regierung Seiner Majestät die Schuld an diesen Ereignissen niemandem aufzubürden wünscht, außer dem gemeinsamen Feind. Ihr einziger Wunsch ist, daß diese Unstimmigkeiten zwischen zwei der Vereinten Nationen so rasch wie möglich beigelegt und die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen auf der Grundlage der Zusammenarbeit, wie sie von Marschall Stalin und General Sikorski festgelegt worden ist, wiederhergestellt werden ... Eines zumindest ist sicher: Die Deutschen dürfen sich nicht in der Hoffnung wiegen, daß ihre Manöver die gemeinsame Offensive der Alliierten oder den wachsenden Widerstand der versklavten Völker Europas schwächen werden."[140]

Die letztere Feststellung Edens betraf auch das besetzte Polen, wo die deutsche Propaganda mit Katyn ebenfalls scheiterte, wenngleich aus komplexeren Gründen als

[136] W. S. Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Bern 1952, S. 395 f.

[137] F. L. Loewenheim/H. D. Langley/M. Jonas (Hrsg.), Roosevelt and Churchill. Their Secret Wartime Correspondence, London 1975, S. 328 ff.

[138] Toynbee, a. a. O., S. 143.

[139] Wiener Library London, a. a. O.

[140] Parliamentary Debates, House of Commons, 5th series, vol. 389, cols. 30 f.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Kampagne gegen die Alliierten. Vom 14. April bis zum 4. August 1943 hielt die deutsche Presse in Polen den Fall Katyn der polnischen Öffentlichkeit täglich vor Augen und schrieb: „Die Juden taten es."[141] Doch schon am 27. April mußte Goebbels eingestehen, daß die Propaganda mit Katyn im besetzten Polen völlig versagte; der polnischen Widerstandsbewegung sei es am Ende sogar gelungen, die Sache gegen die deutsche Seite auszunützen, wenngleich sie die Polen gedemütigt und schwer getroffen habe. Goebbels schien auch zu glauben, daß im polnischen Widerstand einige sehr geschickte Propagandisten tätig waren[142].

Nach der von den Deutschen seit September 1939 in Polen verfolgten repressiven und rücksichtslosen Politik wäre dort ein voller Propagandaerfolg höchst erstaunlich gewesen. Unter dem von Hitler am 12. Oktober 1939 zum Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete ernannten Hans Frank und seiner Verwaltung wußten die unterworfenen Polen aus eigener Erfahrung, was die „Neue Ordnung" der Nationalsozialisten in Osteuropa bedeutete. Die Besetzung Polens und die Verwaltung der besetzten Gebiete waren zwar von Hitler nicht besonders vorbereitet worden, doch hatte er genaue Vorstellungen von dem politischen Kurs, den er dort steuern wollte: die Ausrottung der polnischen Elite, die Ansiedlung Deutscher im größeren Teil des eroberten polnischen Territoriums und die Umsiedlung aller Polen und Juden in ein polnisches Rumpfgebiet. Um diese Ziele zu erreichen, gedachte er in Polen einen brutalen Rassenkampf zu führen[143]. In seiner ersten politischen Weisung an Frank betonte Hitler daher, daß das Generalgouvernement als Kriegsbeute zu betrachten und für die deutschen Interessen rücksichtslos auszubeuten sei. Alle Rohstoffe und sonstiges Material (einschließlich der Arbeitskräfte), das der deutschen Kriegswirtschaft nützen könne, müßten nach Deutschland gebracht werden; die Wirtschaft Polens sei so zu beschränken, daß der einheimischen Bevölkerung gerade noch das Existenzminimum bleibe. Das Schulwesen solle zurückgestuft werden, um das erneute Entstehen einer polnischen Intelligenz zu verhindern[144].

Die Herrschaft Franks, die am 26. Oktober 1939 tatsächlich begann, wurde aber vom ersten Tag an von allen Seiten unterminiert. Zum Problem der schwachen, schwankenden und widerspruchsvollen Persönlichkeit Franks[145] gesellten sich die Probleme, die sich daraus ergaben, daß Hitler Frank in seinem Kampf um Autorität im Generalgouvernement und besonders gegen die Autonomiebestrebungen des SS-Obergruppenführers Friedrich Wilhelm Krüger, der in Polen die SS und Polizei kontrollierte, nicht wirksam unterstützte. Betrieb Krüger, unter den Fittichen Himmlers, die rassistische Unterdrückungs- und Ausrottungspolitik der SS, so versuchte Frank einerseits, sich noch härter zu geben als seine Gegner in der SS, während er andererseits eine pragmatische Politik verfolgen und die Polen durch gewisse Konzessionen

141 Zawodny, a. a. O., S. 30.
142 Bramsted, a. a. O., S. 332 Anm. 5.
143 Rich, a. a. O., S. 74 ff.
144 Piotrowski, a. a. O., S. 41; Broszat, a. a. O., S. 24.
145 Fest, a. a. O.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zumindest für eine stillschweigende Mitarbeit gewinnen wollte. Frank argumentierte, der letztere Weg würde dem wohlverstandenen Interesse des Reichs in Polen am besten dienen[146].

Gleichwohl befand sich das Generalgouvernement im Frühjahr und Sommer 1943, als Katyn das polnische Bewußtsein traf, in hellem Aufruhr, weil Franks etwas konziliantere Behandlung der polnischen Probleme von der ganz anders gearteten Politik der SS durchkreuzt oder untergraben worden war. So begann 1943 die – mindestens – vierte Phase der seit September 1939 improvisierten deutschen Polenpolitik. Die erste und kürzeste hatte in der Annexion der polnischen Westgebiete bestanden, mit der noch die Möglichkeit eines polnischen Rumpfstaats verbunden gewesen war. Als Hitler am 6. Oktober 1939 in seinem „Friedensappell" vor dem Reichstag auf diese Möglichkeit anspielte, war das für ihn gewiß nur einer der Köder, mit denen er die Westmächte zu einem Friedensschluß bewegen wollte. Trotzdem bestand, wie David Irving bemerkte, „ein indirektes, aber unschwer erkennbares Resultat der britischen Zurückweisung des Friedensangebots in einer weiteren Verhärtung der Einstellung Hitlers zur Zukunft Polens"[147]. Die am 26. Oktober 1939 vollzogene Einsetzung einer Zivilverwaltung in den mittleren Teilen Polens, bezeichnet als Generalgouvernement und geplant als polnisches Reservat unter rein deutscher Herrschaft, markierte dann den Beginn der schweren politischen Konflikte zwischen Frank und den SS- und Polizeibehörden, von denen die zweite und die dritte Phase der deutschen Polenpolitik vom Oktober 1939 bis Anfang 1943 bestimmt waren.

Der Stellungskrieg zwischen Frank, der durch ein Mindestmaß an Ordnung aus dem Generalgouvernement ein Höchstmaß an produktiver Leistung für den Bedarf des Großdeutschen Reichs herausholen wollte, und der SS, die Rassen- und Siedlungspolitik betrieb, das Generalgouvernement als Abladeplatz für alle Juden, Zigeuner und Polen aus den annektierten Provinzen benützte und andererseits alle im Generalgouvernement lebenden „rassisch wertvollen" Menschen in die neuen Reichsgebiete umsiedelte[148], dieser Stellungskrieg verschärfte sich im Frühjahr 1942, als Himmler beschloß, die „Germanisierung" des Ostens zu intensivieren. Deutsche Beamte, die im Alltag der Verwaltung des Landes von der polnischen Bevölkerung abhängig waren, sahen das Generalgouvernement im Chaos untergehen. Ernst Zörner, Gouverneur im Distrikt Lublin, berichtete Frank im Februar 1943: polnische Bauern fliehen, weil sie Angst vor ihrer Verschleppung als Zwangsarbeiter nach Auschwitz oder Deutschland haben, die Industrieproduktion sinkt, Partisanengruppen ziehen in wachsender Zahl sengend, mordend und sabotierend durch das Land, und die deutsche Polizei steht für die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht zur Verfügung, da sie mit Umsiedlungsaktionen vollauf beschäftigt ist. Frank stimmte zu, war aber machtlos[149].

---

146 Rich, a.a.O., Bd. II, S. 89f.; Broszat, a.a.O., S. 49ff.; Klessmann, a.a.O., S. 32ff.
147 D. Irving, Hitler's War, London 1977, S. 37.
148 Rich, a.a.O., S. 86ff.; Klessmann, a.a.O., S. 30f.
149 Rich, a.a.O., S. 97.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vor dem Hintergrund einer derart wirren und gefährlichen Lage, in der es allmählich vielen Behörden im Generalgouvernement und im Reich dämmerte, daß eine Änderung der Politik die Antwort auf die Probleme des unterworfenen Landes sein könnte, wurden Polen und die Welt mit den Nachrichten über die Funde von Katyn konfrontiert. Es war daher nicht überraschend, daß die amtlichen Stellen in Berlin und Krakau nicht nur die Welt von der russischen Schuld an den Verbrechen von Katyn überzeugen wollten, sondern auch an einer energischen propagandistischen Ausnutzung des Falles im Generalgouvernement interessiert waren. In Krakau wurde jedenfalls die Propaganda mit Katyn sofort im Zusammenhang mit den das Generalgouvernement bedrängenden Problemen gesehen. Auf einer Behördenleiterkonferenz am 20. April 1943 vertrat Ohlenbusch die Meinung, daß „der Massenmord von Katyn durchaus Gelegenheit biete, eine Änderung in der Polenpolitik herbeizuführen, ohne das Prestige des Großdeutschen Reichs zu erschüttern. Bei seiner letzten Berliner Reise habe er jedoch nichts Positives mit auf den Weg bekommen. Man denke wohl daran, daß bei den im Reich eingesetzten Polen das P verschwinden werde, jedoch habe er den Eindruck, daß es erheblicher Arbeit bedürfe, um die Berliner Stellen davon zu überzeugen, daß die bisher im Generalgouvernement einfach nicht vorhandene politische Zielsetzung jetzt endlich gegeben werden müsse." Zwar konnte man mit Katyn die Polen ein ganzes Jahr lang beschäftigen und in Berlin Pläne schmieden, den Polen einen nationalen Trauertag und die Errichtung von Mahnmalen zu erlauben, tatsächlich ging es aber um wichtige Fragen in größerem politischen Rahmen: „Allerdings stehe auch fest, daß sich die führenden Polen darüber klar seien, daß sie im jetzigen Augenblick mit Forderungen an die deutsche Führung herantreten könnten. Die Entwicklung der Dinge hänge davon ab, inwieweit die zuständigen Reichsstellen bereit seien, den Polen eine klare politische Zielsetzung zu geben."[150]

In London legte General Sikorski Ende April dem Foreign Office einen Stoß von Funksprüchen vor, die er aus Polen erhalten hatte; in ihnen fand sich folgender Kommentar: „Es wird berichtet, daß trotz der fast täglichen Angriffe auf hohe deutsche Beamte in Warschau die Generallinie der Politik gemäßigt ist."[151]

Die rücksichtslos durchgeführten Umsiedlungen hatten jedoch in der polnischen Bevölkerung eine solche Empörung ausgelöst und die Anzeichen einer Wende des deutschen Kriegsglücks sich so vermehrt, daß jeder positive politische Schritt der Deutschen vergeblich gewesen wäre. Obwohl es so aussah, als habe „in ganz Polen der Nazi-Terror bedeutend nachgelassen, außer gegen die Juden"[152], war es nicht überraschend, daß die Propaganda mit Katyn im Generalgouvernement ein zumindest geteiltes Echo fand und ihre Resultate jedenfalls weit hinter den Erwartungen der Deutschen zurückblieben: „Die polnische Bevölkerung reagierte, zusammenfassend ausgedrückt, mit Entrüstung über die Bolschewiken unter gleichzeitiger Beto-

[150] Diensttagebuch, S. 654.
[151] FO. C 4842/79/55, vol. 34552.
[152] FRUS, 1943, III, S. 388, Biddle/Washington, London, 24. 4. 1943.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nung der von den Deutschen begangenen ähnlichen Verbrechen."[153] Dieser Aspekt des Falles, den die Telegramme erwähnten, die General Sikorski aus Polen bekommen und dem Foreign Office übermittelt hatte, wurde ausführlicher in einem Geheimbericht behandelt, der sich auf polnisches Propagandamaterial stützte, der ungarischen Regierung vorgelegen hatte und schließlich nach London gelangt war: „Die grausigen Entdeckungen bei Katyn in der Nähe von Smolensk und die daraus entstandene Krise in den sowjetisch-polnischen Beziehungen haben in Polen einen sehr starken Eindruck gemacht. Die ganze Bevölkerung hat das Verbrechen der Sowjets mit Empörung verurteilt und die sowjetischen Gebietsansprüche mit allem Nachdruck zurückgewiesen. Desungeachtet ist das polnische Volk der Meinung, daß die sowjetischen Greueltaten keine Rechtfertigung des deutschen Vernichtungsfeldzugs in Polen sind. Die gesamte polnische Untergrundpresse erklärt, daß es die Deutschen waren, die sich seinerzeit mit den Bolschewiken verständigt und das bolschewistische Unheil nach Polen gebracht haben. Eine polnische Untergrundzeitung namens Szaniec schreibt, zwar sei es eine Tatsache, daß die Sowjets in Polen eine furchtbare Schuld zu begleichen haben, doch sei hier andererseits den Vertretern des Dritten Reichs von ihrer Regierung befohlen worden, 900000 polnische Männer, Frauen, alte Leute und Kinder in den verschiedenen KZ und Gefängnissen zu ermorden. Außerdem sind weitere 500000 Polen in den gleichen Lagern und Gefängnissen dem Tod geweiht. Eine Million vegetiert unter elenden Bedingungen in Deutschland, versklavt und den englischen Bomben preisgegeben. Weitere zweieinhalb Millionen Polen, die aus ihren Häusern vertrieben wurden, ohne Geld und Kleidung, ziehen verelendet und obdachlos durch das Land."[154] Ein anderer Kommentar besagt, daß Katyn in der polnischen Untergrundpresse zwar ausführlich behandelt wurde, daß aber die gesamte Presse der Mitte trotzdem und neben der bitteren Kritik an der sowjetischen Politik jeden Versuch der deutschen Propaganda, Katyn für die Politik des Dritten Reichs auszunutzen, zurückwies[155].

Ernst Kundt, Gouverneur im Distrikt Radom, erklärte am 26. Mai 1943: „Der Fall von Katyn habe infolge der viel zu stark merkbaren Agitation bei der Bevölkerung kaum eine Wirkung ausgelöst. Die Agitation sei so betrieben worden, daß es dem primitivsten Polen klar sein mußte, daß es nicht um Humanitätsgefühle, sondern um Agitationsmaterial gegenüber dem Ausland gehe. Die Polen hätten nach seiner Kenntnis der Dinge wenig darauf reagiert. Man müsse dabei auch bedenken, daß es so was wie eine polnische Volksgemeinschaft nicht gebe, und daß es den polnischen Bauern nicht interessiere, ob polnische Offiziere erschossen würden."[156]

Drei Tage später, am 29. Mai, berichtete Kreishauptmann Brand über die Wirkung von zwölf Millionen Broschüren und etwa zwanzig Millionen Flugblättern auf die Bevölkerung[157]: „An dem Beispiel von Katyn wurde ausgeführt, was der Bevölkerung

[153] FO. C 4842/79/55, vol. 34552.
[154] FO. C 7328/34/55, vol. 34550.
[155] Klessmann, a.a.O., S. 220 Anm. 51.
[156] Diensttagebuch, S. 665.
[157] Diensttagebuch, S. 803.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des GG drohe, wenn die deutsche Wehrmacht nicht imstande wäre, die Horden der Steppe aufzuhalten. Es wurde immer wieder betont, daß der augenblickliche Kampf nicht allein ein Kampf Deutschlands gegen Sowjetrußland ist, sondern ein Kampf der gesamten Völker Europas gegen die Unkultur des Ostens ... Trotz der intensiven Propaganda ... steigert sich mit den in immer stärkeren Zahlen auftretenden Banden gleichzeitig die dauernde militärische Ausrüstung und Ausbildung der Banditen."[158] Ohlenbusch sagte am 18. Juni, daß die Widerstandsgruppen „requirierte Lebensmittel an die polnische Bevölkerung verteilen und dann darauf hinweisen, daß die polnischen Offiziere, deren Leichen bei Katyn gefunden worden seien, ermordet worden seien, weil diese Offiziere ja auch nur die Blutsauger des polnischen Volkes gewesen seien, und ferner, daß die Deutschen heute in diesem Raum genau so tätig seien"[159]. Aus Ohlenbuschs Bericht geht hervor, daß die deutschen Behörden im Generalgouvernement mit einem zusätzlichen Problem konfrontiert waren: dem wachsenden Einfluß der kommunistischen Gruppen in der polnischen Widerstandsbewegung. Dies war eine unmittelbare Folge des Abbruchs der polnisch-sowjetischen Beziehungen am 26. April 1943. Zum polnischen Kampf gegen die Besatzungsmacht kam nun der offenere und im Grunde bereits wichtigere Kampf zwischen den demokratischen und kommunistischen Kräften in der Widerstandsbewegung, der dem Tage galt, an dem Polen nicht mehr von Deutschland beherrscht sein würde – eine Situation, die alle deutschen Hoffnungen oder doch die Hoffnungen Franks, so etwas Ähnliches wie „Recht und Ordnung" schaffen zu können, erst recht zunichte machte[160].

Es stand mit diesem Problem von „Recht und Ordnung" in Zusammenhang, daß sich Frank in einer an Hitler gerichteten vierzigseitigen Denkschrift vom 19. Juni 1943 – über die im Generalgouvernement bestehenden Schwierigkeiten und über seine Vorstellungen von den Maßnahmen zu ihrer Lösung oder zumindest ihrer Eindämmung – mehrmals auf Katyn bezog. Tatsächlich war die Denkschrift im Laufe weniger Wochen schon der zweite Versuch des Generalgouverneurs, Hitler die katastrophalen Folgen der Himmlerschen Volkstumspolitik vor Augen zu führen. Bereits in einem Schreiben vom 25. Mai 1943 hatte Frank das wirtschaftliche Chaos geschildert, das massenweise Überlaufen polnischer Bauern zu den Partisanen und die jähe Zunahme von Gewalt und Terror. Die deutsche Polizei vergelte das mit Massenerschießungen von Unschuldigen, auch Kindern und Alten, was nur weitere Unruhe erzeuge. Der Staatssekretär für die Sicherheit und Vertreter des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums beschlagnahme Häuser, Spitäler und bewegliches Eigentum ohne jede Rücksicht auf die Interessen der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement. Um gegen diese unerträglichen Zustände wirksam vorgehen zu können, bitte Frank den „Führer", die Autorität des Generalgouverneurs gegenüber dem Staatssekretär klarzustellen[161].

---

158 Diensttagebuch, S. 669.

159 Diensttagebuch, S. 690.

160 Vgl. Toynbee, a. a. O., Part II (i), Poland; Klessmann, a. a. O., S. 164 ff., bes. 178 ff.; Gross, a. a. O., S. 259 ff.

161 Rich, a. a. O., S. 98.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Franks Schritt bei Hitler wurde vom Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hans Lammers, gebremst, der eine Abschrift des Briefs mit der Bitte um Stellungnahme an Himmler schickte, da er in der Lage sein wolle, bei der kommenden Besprechung der Sache dem „Führer" ein objektives Bild der Situation zu geben. Als Frank auf sein Schreiben vom 25. Mai keine Antwort erhielt, wiederholte er seinen Versuch mit der erwähnten vierzigseitigen Denkschrift vom 19. Juni 1943, in der er die unseligen Verhältnisse im Generalgouvernement noch ausführlicher darlegte[162].

Trotz der von ihm selbst geschilderten furchtbaren Leiden des polnischen Volkes unter deutscher Herrschaft glaubte Frank noch immer, daß die große Mehrheit der polnischen Bauern und Arbeiter einen großen Fundus an Loyalität gegenüber den Befehlen und harten Forderungen der deutschen Herren besitze. Dennoch erwiesen sich Widerstandsbewegung und bolschewistische Propaganda auf Grund jener Leiden als erfolgreich, was wiederum die Sicherheit im Generalgouvernement immer stärker bedrohe. Auch konnte Frank keine größeren Erfolge der deutschen Propaganda gegen die, wie er sagte, „bolschewistische Infiltration" vermelden. In diesem Zusammenhang erörterte Frank die Möglichkeit einer Einbeziehung der Polen in den aktiven Abwehrkampf gegen den Bolschewismus und verknüpfte dabei das ganze Problem von Politik und Sicherheit direkt mit Katyn: Die Auffindung der Massengräber bei Katyn eröffne die Chance, in der Behandlung der Polen einen fundamentalen Wandel einzuleiten, ohne daß ein solcher Kurswechsel der deutschen Führung als Schwäche ausgelegt werden könne. Mit Propaganda allein sei natürlich kein Stimmungsumschwung zu erreichen. Wenn die Polen sich die Kriegsziele der Achsenmächte in Europas Entscheidungskampf zu eigen machen sollten, dürfe eine Deklaration über die Zukunft des polnischen Volkes im neuen Europa nicht länger hinausgezögert werden.

Auch die Benutzung des Falles Katyn hänge davon ab, daß solche Schlächtereien unter deutscher Führung nicht geschähen. Heute vergleiche die polnische öffentliche Meinung – und nicht nur unter dem Einfluß der Intelligenz – Katyn bedauerlicherweise mit dem Massensterben in deutschen Konzentrationslagern und mit der Erschießung von Männern, Frauen, Kindern und alten Leuten, ferner mit den kumulativen Maßnahmen in Partisanengebieten[163].

Bei seinen Vorschlägen, wie die allgemeine Lage der Polen unter deutscher Herrschaft zu verbessern sei und sie veranlaßt werden könnten, sich dem deutschen Kampf gegen den Bolschewismus anzuschließen, kam Frank auch darauf zu sprechen, daß den Polen mehr Schutz gegen willkürliche Verhaftungen und Hinrichtungen gegeben werden müsse. Naturgemäß war es vor allem dieser düstere Aspekt der deutschen Politik, der die Polen am meisten aufbrachte und der bolschewistischen Propaganda direkt in die Hände spielte. Als Beleg zitierte Frank einen Bericht der Sicherheitspolizei für die Zeit zwischen dem 1. und 31. Mai 1943, der sich auch mit den propagandistischen Möglichkeiten befaßte, die Katyn bot: „Ein großer Teil der pol-

[162] Rich, a. a. O., S. 98 f.; Klessmann, a. a. O., S. 41; IMT, Bd. XXVI, Dok. PS-437.
[163] IMT, Bd. XXVI, Dok. PS-437, S. 23 f.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nischen Intelligenz läßt sich jedoch nach wie vor von den Nachrichten aus Katyn nicht beeinflussen und hält den Deutschen angebliche gleiche Greueltaten, besonders Auschwitz, entgegen. In der breiten Masse der polnischen Bevölkerung haben die Nachrichten aus Katyn keine für Deutschland günstigen Auswirkungen gezeitigt. Zwar wird die Tatsache auch in den Arbeiterkreisen, soweit diese nicht kommunistisch eingestellt sind, kaum abgestritten, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß die Einstellung Deutschlands den Polen gegenüber auch nicht besser sei. Es beständen ja die Konzentrationslager in Auschwitz und Majdanek, wo gleichfalls ein Massenmorden der Polen am laufenden Bande stattfände."[164]

Frank glaubte aber, daß unter dem Eindruck von Katyn und durch eine freundlichere deutsche Haltung die katholische Kirche in Polen für den Kampf gegen den Bolschewismus gewonnen werden könnte[165]. Obwohl Frank und Himmler schließlich eine Art modus vivendi gefunden zu haben schienen, änderte sich an den Beziehungen zwischen Frank und der Polizei im Generalgouvernement nahezu nichts mehr, bis die Rote Armee am 11. Januar 1945 in Warschau einmarschierte und in den folgenden Monaten alle polnischen und deutschen Gebiete östlich der Oder besetzte[166]. Auch die propagandistische Auswertung von Katyn im Generalgouvernement blieb praktisch unverändert. Frank mußte am 10. Dezember 1943 zugeben, „daß die Propaganda im Fall Katyn keine durchschlagende Wirkung gezeitigt habe"[167]. Daran ist nur überraschend, daß die deutschen Stellen in Berlin und Krakau geglaubt hatten, es hätte, ob im Generalgouvernement oder sonst irgendwo, anders sein können – im Jahre 1943 und in einem Europa, das die volle Härte der nationalsozialistischen Pax Germanica erfahren hatte.

[164] IMT, Bd. XXVI, Dok. PS-437, S. 34f.
[165] IMT, Bd. XXVI, Dok. PS-437, S. 35.
[166] Rich, a. a. O., S. 98ff.
[167] Diensttagebuch, S. 759.

Jahrgang 30 (1982), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1982_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte